

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

131 (10.6.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Durch unsere Träger 1.- M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 8.00 M.; durch die Postbezogen 8.40 M. ohne Abhol- u. Postgebühren. monatlich Einzelexemplar 20 A. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2-11 und 1-1/2 Uhr abends. Fernspre: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1/2seitige Kolonelleite 1.- M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die badische Sozialdemokratie zur politischen Situation.

Der Bezirksausschuss der Sozialdemokratischen Partei Badens nahm gestern in Karlsruhe zu der durch das Ergebnis der Reichstagswahl geschaffenen Lage Stellung. An die Referate des Genossen Karz über die Organisationsarbeit schloß sich eine längere Erörterung an, in der vor allem volle Klarheit über die politische Stellungnahme erzielt wurde. Bezüglich der Regierungsbildung kommen nach einmütiger Auffassung für die sozialdemokratische Partei nur die folgenden Grundzüge in Betracht:

1. Die bisherige Koalitionspolitik bildet keine tragfähige Basis mehr.
2. Eine Verbreiterung dieser Koalitionspolitik nach rechts kommt für die sozialdemokratische Partei nicht in Frage.
3. Vom Standpunkt der Sozialdemokratie ist eine regierungsfähige Parlamentsmehrheit nur zu ermöglichen durch den Eintritt der Unabhängigen zu den bisherigen Koalitionsparteien.
4. Das Scheitern einer solchen Mehrheitsbildung würde der sozialdemokratischen Partei das Verbleiben in der Reichsregierung unmöglich machen.

Die vorstehend wiedergegebene Entschließung des Bezirksausschusses der badischen Sozialdemokratie dürfte bei unsern Parteifreunden im ganzen Lande lebhafteste Zustimmung finden. Daß die Sozialdemokratie an keiner Koalitionsregierung sich beteiligen kann, in die eine der beiden ganz rechts stehenden Parteien einbezogen würde, ist selbstverständlich. Wenn die Deutsche Volkspartei jetzt nach dem Eintritt in die Koalition schiel und mit achtzig bis neunzig Prozent der Stimmen zu tun, als warte sie ruhig ab, ob sie eingeladen werde, und in diesem Falle nichts gegen die Mitbeteiligung der Sozialdemokratie einwenden werde, so mögen sich die Stipendiaten der Schwerindustrie mit solchen Gedanken beschäftigen, mit uns werden sie kaum viel Glück haben.

Wir erwarten, daß auch die Reichstagsfraktion der Aufstellung sich anschließen wird, daß wir eine neue Regierungsbildung nur dann mit übernehmen, wenn auch die Unabhängigen mit in die Regierung eintreten. Mit ihnen zusammen, falls sich Zentrum und Demokraten daran gleichfalls beteiligen würden, könnte im Sinne der republikanischen und demokratischen Bestimmung enorm viel geleistet werden. Und vieler wirtschaftlicher Schwierigkeiten könnte man dann leichter Herr werden. Wir müssen also die Unabhängigen klipp und klar vor die Verantwortung der Frage stellen, ob sie nun bloß Nörgel- und Nur-Dissipationspolitik auch weiterhin treiben, oder die Kraft ihrer Wahl und ihres Einflusses für die Interessen des arbeitenden Volkes geltend machen wollen. Wenn nicht, dann müssen sie auch die volle Verantwortung für ihr Verhalten tragen. Treten sie mit ein, was wir noch nicht glauben, dann wird es sich zeigen, was sie mehr und befferes an positiver Arbeit als wir zu leisten vermögen. Den Unabhängigen fernerhin zu gestatten, daß sie sich wie bisher unter faulen Ausflüchten in die bequeme Nörgelerei stellen und von dort aus die Massen verheben, fällt uns nicht ein. Und dann sprechen wir uns wieder mit den Herrschenden.

Sehr erfreulich an der Sitzung des Bezirksausschusses war, daß volle Einmütigkeit in allen Hauptpunkten bestand und die einmütige Ausrufung, daß die Partei die Scharte vom 6. Juni schnell wieder auswehen werde.

Scharf wurden die organisatorischen Mängel beleuchtet, die sich bei der Wahl herausgestellt haben. Vieles haben örtliche Organisationen miserabel funktioniert. Und was nicht minder schlimm war: Vieles haben die Genossen gegenüber den unabhängigen Treibern eine oftmals skandalöse Nachgiebigkeit und Laubheit an den Tag gelegt, die unmöglich weiter bestehen darf. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Entweder oder —! Entweder ist man Mitglied der sozialdemokratischen Partei und dann muß auch mit aller Energie und Konsequenz für die Partei und gegen alle ihre Gegner aufzutreten werden, oder zieht für sich die Schlußfolgerungen. Der alte Schlendrian, der in manchen Parteifreien bisher üblich war, muß verschwinden. Andererseits müssen aber die Genossen in den Landorten wirksamer und fleißiger von den benachteiligten Städten aus agitatorisch und organisatorisch unterstützt werden. Ebenso war die Konferenz auch darin einig, daß die Parteiführerlei Anlaß und Ursache hat, etwa den Unabhängigen wegen einer Einigung irgendwie nachzulassen. Sie ist momentan auch praktisch unmöglich. Es muß erst Klarheit geschaffen werden, ehe an eine Einigung gedacht werden kann. Dabei braucht, wenn die Unabhängigen ihre elende Hebe einstellen, kein Bruderkampf existieren, der dem Brudermord gleicht. Da die Genossen mit frischem Mut an die Arbeit gehen, an Anregungen und Aufgaben wird es nicht fehlen.

Zur Koalitionsbildung.

Berlin, 10. Juni. Zu der Aeußerung des Reichspostministers Wiesberts, eines alten christlichen Gewerkschafters, ihm schiene die Koalition von Scheidemann bis Stresemann durchaus möglich aber wenig wahrscheinlich. Es bleibe nur übrig, den gegenwärtigen Koalitionsparteien so lange die Führung der Reichsregierung zu überlassen, bis zum Herbst das Volk erneut Gelegenheit erhalte, mit etwas ruhigeren Nerven und geklärem Urteil über sein politisches Geschick zu entscheiden, meinte der „Vorwärts“: Ob sich die alte Koalition bis zum Herbst halten wird, wollen wir nicht unterfragen. Es dürfte klar sein, daß die Sozialdemokratie keine Neigung hat, wieder den Brüllgeheul zu spielen für Dinge, wie sie sich in den letzten anderthalb Jahren abgespielt haben, aber daß die Reichsregierung ohne Mehrheit keine lange Lebensdauer haben kann, wird jedermann einräumen.

Sühnende Abgabe der Unabhängigen.

Zur Frage der Regierungsbildung schreibt hohenzollern die unabhängige Berliner „Freiheit“: Was nun? Demokraten und Rechtssozialisten tun so, als ob ihre Koalitionspolitik das letzte Wort der geschichtlichen Entwicklung wäre. Und weil sie zu schwach sind, ihr Ziel fortzusetzen, soll die Unabhängige Sozialdemokratie sich zu ihnen gesellen. Wenn aber nicht, dann übernehme sie eine — freudbare Verantwortung.

Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen für die Durchführung einer wirklich sozialistischen Politik; als Mittel der Bourgeoisie und als Stütze ihrer Herrschaft den Schein der Macht zu suchen, das darf man uns nicht zumuten.

Über ist eine bürgerliche Regierung nicht eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung? Wir können darauf antworten, das in auch die Koalitionsregierung nichts anderes gemacht hat als längerliche Politik. Daß es für uns kaum schlimmer kommen könnte, als unter Kossel und Seine. Aber wir wollen doch sagen, daß uns eine bürgerliche Regierung durchaus nicht so gefährlich an sein scheint. Es ist richtig, daß der Kampf der Arbeiterklasse noch eskaliert werden kann, wenn das Bürgertum allein über die Verwaltung vertritt. Aber wir denken, daß die Arbeiterklasse stark genug ist, um jeder bürgerlichen Regierung sehr schmerzliche Schranken zu setzen. Eine solche Regierung wird bei den bestehenden Machtverhältnissen es sehr sorgsam vermeiden müssen, die Arbeiterkraft alljährlich herauszufordern, sie wird weder parlamentarisch noch geschichtlich so stark sein, um der Arbeiterklasse dauernden Schaden zuzufügen zu können.

Eine bürgerliche Regierung bedeutet aber Klarheit und bessere Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Und die Rechtssozialisten? Sie erklären, sich von uns abspalten nicht mehr trennen zu können; mit uns in die Opposition, nur mit uns in die Regierung! Ihre Liebe verzieht die Trennung nicht mehr.

Wir sind gerührt und wollen also glauben. Wir können das um so leichter, als wiederum geschichtlich und nicht aus der parlamentarischen Prospektive gesehen, die Sache nicht ganz so wichtig ist, als sich Reichspräsident u. Mandatsinhaber einbilden. Treten die Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei (die Deutschnationale Partei) regiert dann auch ohne Vertretung in der Regierung in der Tat mit) in eine Koalition ein, dann sind sie als Arbeiterpartei erledigt. Treten sie in Opposition, dann werden die rechtssozialistischen Arbeiter sehr rasch erkennen, daß diese nur wirksam geführt werden kann auf dem Boden unserer Grundzüge. Dann wird die Stellung der Arbeiterklasse als solche rascher geehrt und die Entwicklung beschleunigt.

Unabhängige und Koalition.

Berlin, 10. Juni. Die „Neue Berliner Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift des bekannten Unabhängigen Dr. Breitfeld, in der dieser erklärt, daß seine Partei die Forderung der Mehrheitsentscheidungen, in die Koalition mitzutreten unbedingt ablehnend beantwortet werden. In dem Schreiben heißt es u. a.:

Ich begreife es nicht, wie man nach der Scheidung und nach dem bisherigen Auftreten meiner Partei sich auch nur einen Moment lang der Illusion hingeben vermag, als würden wir uns der Koalition anschließen. Ich kann natürlich nicht im Namen der Unabhängigen Partei sprechen, auch nicht im Namen ihrer Reichstagsfraktion, aber ich darf doch die Behauptung wagen, daß eine solche Aufforderung in unseren Reihen auf einstimmige Ablehnung stoßen würde. Die Gründe liegen klar zutage. Die Mandatsverluste, die die Rechtssozialisten eben erhalten haben, sind zum größten Teil auf die Rechnung ihrer gemeinsamen Arbeit mit den bürgerlichen Parteien zu setzen, und nun sollen wir in denselben Fehler verfallen? Aber das ist nicht das Ausschlaggebende. Wäre das Experiment der sozialdemokratischen Partei auszuheben wie es wollte, wir wären und sind grundsätzlich Gegner jeder Gemeinschaft mit kapitalistischen Gruppen.

An dem Vorwurf, daß wir durch unsere Entschaltung das Zustandekommen einer rein bürgerlichen Regierung fördern, tragen wir leicht. Im der Klarheit willen ist uns eine rein bürgerliche Regierung lieber, als eine die hinter sozialdemokratischen Auflagen bürgerliche Politik treibt. Wir fassen unsere Aufgabe anders auf. Man wird sich eben allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß wir, wenn wir auch ins Parlament hineingehen, keine parlamentarische Partei im Sinne der übrigen Parteien sind.

Die Demokraten und die Oppositionsparteien.

Berlin, 10. Juni. Senator Petersen, der Führer der demokratischen Partei, schreibt in der offiziellen demokratischen Korrespondenz: Enttäuschung, Kummer über das Schicksal unseres Volkes im Kriege, Empörung und Zorn über einen Mißbrauch Zornes und Werges über seine Folgen sind parteipolitisch zum Kampfe gegen die Parteien ausgeleitet worden, die aus dem Zusammenbruch heraus die Regierung gebildet haben. So herrschte den Wahlkampf auf Seiten der Opposition von rechts und links Kritik und nochmal Kritik. Zusammenstoß zum Negativen, nicht zum Positiven. Das Ziel der Oppositionsparteien ist erreicht. Die für die bisherige Koalitionsregierung erforder-

liche Mehrheit ist zerstört. Jetzt haben die Sieger das Wort. Bei dem Standpunkt der Unabhängigen Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen, wird nur die Rechte in Frage kommen; sie soll zeigen, welche Koalitionsmehrheit sie bilden, welche Politik sie führen kann. Auch auf dem Gebiete der Politik gilt es in besonderer Maße: Ein Versuch ist leichter einzuführen als ein neues gleichwertiges geschaffen.

Angeichts des Wahlergebnisses.

Die „Frankfurter Sta.“ schreibt: In den Tagen nach dem Reichstagswahl, in ganz breiten Schichten unseres Volkes, und dieses drückend peinliche Gefühl, daß man sich von falschen Agitationspropagandas hat misleiten lassen, wächst von Stunde zu Stunde, je mehr das verhängnisvolle Ergebnis dieser Wahlen deutlich wird. Der Jubel der Sieger war ja von Anfang an gedämpft; mühten sie doch beide, Rechts und Links, sofort erkennen, daß eben nicht eine Richtung allein gesiegt hatte, sondern daß dem eigenen Erfolg ein ebenfalls gewaltiger Zuwachs des entgegengesetzten Extrems gegenüberstand. Jetzt aber, wo das Wahlergebnis einigermaßen feststeht, wird erst recht klar, was sie angeht haben: die bisherige Regierungsmehrheit der drei Koalitionsparteien haben sie geschlagen, diese Mehrheit ist in der Tat zur Minderheit geworden — aber ab überhaupt in diesem Reichstag der Parteipolitik irgend eine regierungsfähige Kombination gefunden werden kann, ist völlig unklar, und es ist nach gar nicht abzusehen, wie diese Quadratur des Kreises gelingen soll. Der Sieg der Reichsparteien und der Unabhängigen, die beide der bisherigen Koalition gar nicht oft und laut genug ihre angebliche Ununterschiedlichkeit hatten vorwerfen können, ist eben in Wahrheit ein Sieg der reinen tatarischen Negation. Und das Unklare ist nur, daß wir nicht mit ruhiger Gelassenheit abwarten können, wie diese unersättliche Verneinung sich selbst ab absurdam führt, sondern, daß unser armes Volk wieder den Schanden davon haben wird, weil die Probleme der inneren und vor allem auch der äußeren Politik (denn wir stehen vor der Konferenz in Spa) fest so unmittelbar an unser Leben gehen.

Das ist das Furchterliche.

Rathenammer-Stimmung.

In einem Artikel unter dieser Überschrift schreibt die demokratische „Neue Badische Landeszeitung“: Schon jetzt das Gerurre des Rathenammers durch das Land. Die Stärkung der Extremen war eine ungeheure Arbeit. Niemand weiß, wie wir aus den unendlichen inner- und außerpolitischen Schwierigkeiten herauskommen sollen, die dieser Wahlausfall vor uns aufwirft.

Wie konnte sich der deutsche Wähler zu diesem Streich entschließen? Gewiß der „Bürger“ hatte manchen Grund, unzufrieden zu sein. Die Arbeiterklasse war seit der Revolution etwas übermächtig geworden, streikte und stellte weitgehende Forderungen, zum Teil verweigerte sie sich sogar zu dem Verlangen nach der Diktatur des Proletariats. Klugheit hätte dem Bürger geraten, auch im Ausnahmefalle seiner Enttäuschung Maß zu halten.

Die Veränderungen in den Stimmzählungen.

Gegenüber dem Resultat der Nationalwahlen im Januar 1919 ergibt die Wahl vom 6. Juni 1920 folgende Veränderungen (Gewinn und Verlust):

	Stimmen	Mandate
Deutschnationale	+ 697 000	+ 23
Deutschnationale	+ 1 497 000	+ 39
Rechtsopposition	+ 2 194 000	+ 62
Zentrum und Bayer. Volksp.	- 1 028 000	- 1
Demokraten	- 3 591 000	- 30
Sozialdemokraten	- 5 985 000	- 53
Regierungsmehrheit	- 10 464 000	- 84
Unabhängige Kommunisten	+ 2 495 000	+ 58
	+ 438 000	+ 2
Linksopposition	+ 2 933 000	+ 60
Gesamtzahl	- 5 337 000	+ 88

Es sind also diesmal über 5 Millionen Stimmen weniger abgegeben worden als im Januar 1919. Trotzdem wird durch die neu eingeführte Mandatsverteilung auf Grund der abgegebenen Stimmen und einschließlich der ermittelten verbleibenden Abgeordneten der Abstimmungsgebiete der Reichstag 98 Abgeordnete mehr zählen als die Nationalversammlung.

Holländische Bestimmen zum Wahlausfall.

Rotterdam, 10. Juni. Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Leitartikel: Das Ergebnis der Reichstagswahlen ist unsäglich, da die Wahlen die Grundlage, auf der eine Regierung möglich war, vernichtet haben, ohne eine neue zu schaffen. Deutschland geht aller Wahrscheinlichkeit nach nach einer Periode großer Schwierigkeiten entgegen.

Der „Nieuwe Courant“ meint, die Unzufriedenheit des deutschen Volkes, das nach Rettung ausschaut, und deshalb von jeder Veränderung eine Verbesserung erhofft, sei die Ursache der Erstarkung der Extremen, doch sei gerade eine gemäßigte Regierung die einzige Rettung für Deutschland. Nur eine solche gebe ihm Aussicht darauf, das Vertrauen der beiden wichtigsten Länder England und Amerika einigermaßen zurück zu erwerben.

Nochmalige Verschiebung von Spa?

Paris, 10. Juni. Sowohl „Journal“ wie „Leit Parisien“ sprechen von der Möglichkeit einer nochmaligen Verschiebung der nun auf den 5. Juli festgesetzten Konferenz in Spa. „Journal“ stellt sogar die Frage, ob man überhaupt nach Spa gehen solle, ob nicht etwa die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen sei, ohne von anderen Hindernissen zu sprechen, den Weg nach Spa verstopfe. Nach dem „Leit Parisien“ müsse man ohne falschen Optimismus feststellen, daß die Alliierten unter sich nicht einig seien, ja, daß das Einverständnis weit davon entfernt sei, zu einer Realität zu werden.

Partei
abends
Elefanten
r
m
höpfen
ahlen
ent werden
9945
ortford
shans
1816
esse!
Jan.
len.
50, 175
195 an
550 an
25h.350
42 an
29 an
28
17 an
Blusen
Kissen,
9910
edienung
üfer
ener
alt
1614
mt
100.
üte
Panama
3847
lernisiert
aufabrik
ann
enfr. 1
is
6882
a Mll-
aiser.
k, aus
1 Uhr
-9 Uhr
ng vor-
lassan.
20.
nifin
enbad
n vom 910el.
33.3
abends 8 Uhr

Nach der Wahl.

Daß die Sozialdemokratie nicht die gewaltigen Wählermassen hätte gewinnen können, die ihr die Welle der Revolutionsschwungung zufließen, war jedem Vorausschauenden klar, als wir durch den Gang der Ereignisse nach dem 9. November gezwungen wurden, die Hauptlast und Hauptverantwortung zu tragen. Deutschland befand sich damals in einem Zustand, bei dem keine Regierung auf Popularität und Zulassung rechnen konnte. Auf uns lastete die ungeliebte Erbschaft des vierjährigen verheerenden Krieges. Die Verhältnisse, die das furchtbare Vernichtungswort an den Grundlagen unserer Volkswirtschaft und Volkskraft angedrückt hatte, waren viel zu schwer, als daß sie durch irgend eine menschliche Gewalt in der kurzen Zeitdauer von achtzehn Monaten hätten überwunden werden können.

Die politisch ungeliebten Massen, die nach der Revolution zu uns kamen, waren aber größtenteils blind gegen die Tiefe und Größe unserer Anlässe. Wie alle naiven Menschen begannen sie eine Art Wunderglauben, daß ein Schicksal genügt, um das furchtbare Verbrechen der letzten Jahre ungeschehen zu machen. Daß dies nicht möglich war, bildete den Grund ihrer Enttäuschung und Abwanderung nach rechts und links.

Diese Abwanderung entspringt letzten Endes nicht der Unzufriedenheit mit der Regierung, sondern der Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen, für die fälschlich die Koalitionsregierung verantwortlich gemacht wurde. Es ist einmal psychologisch festzustellen, daß der Mensch sich nicht so leicht zu überzeugen vermag, daß ein rascher Wiederaufbau des völlig ruinierten Deutschlands ein Ding der Unmöglichkeit ist. Sie hielten also an dem Glauben fest, daß irgend welche Parteien oder Parteien in Deutschland seien die Fähigkeit besitzen würden, in kurzer Zeit die Spuren des Krieges auszulöschen und der großen Volksmehrheit wieder ein auskömmliches und beglückendes Dasein zu schaffen. Ja, vielleicht noch ein weit schöneres Dasein als vor dem Kriege. Dieser utopische Glaube machte die Regierung zum Sündenbock aller Übel, was der Krieg angerichtet hatte. Seine Hoffnung klammerte sich an einen neuen Systemwechsel. Das Wahlergebnis spiegelt so recht deutlich den Glauben, daß vor allem eine andere Regierung da sein müßte, ganz gleich wie sie aussehe. Es zeigt, daß dieser Glaube zunächst rein negativ war und eines einheitlichen Ziels durchaus entbehrte. Denn er wendet sich ebenso an die äußerste Rechte wie an die äußerste Linke. Ein Teil der Wähler wollte es nun einmal mit den Unabhängigen versuchen, ein anderer Teil mit den Deutschen Volksparteiern und Deutschen Nationalen. Diese Abwanderung nach zwei ganz entgegengesetzten Richtungen hat nun das Resultat zur Folge, daß sich auf beiden Seiten der beiden Gegenpole eine auch nur annähernde regierungsfähige Mehrheit konzentriert.

Man wird vielleicht fragen, warum wir Sozialdemokraten die Bügel der Regierung ergriffen haben, wenn wir dieses Resultat voraussehen. Darauf ist zu antworten, daß wir in den entscheidenden Wochen nach der Revolution nicht nur für das Wohl unserer Partei, sondern für das Wohl des gesamten Volkes verantwortlich waren. Und dieses mußte voranhen. Gätten wir uns damals aus parteigegensätzlichen Beweggründen geweigert, als weitaus stärkste Partei die Verantwortung zu übernehmen, so hätten wir Deutschland damit dem Chaos ausgeliefert. Wir mußten in der Regierung gehen und in der klaren Voraussicht, daß die Ungunst der Verhältnisse der Partei Einbuße an Stimmen und Mandaten bringen würde.

Nichtbedenklicher hat aber doch die Wahl gezeigt, daß diese Haltung von den reiferen und gesünderen Massen der Wähler verstanden worden ist. Viele der Parteien, die jetzt „gestürzt“ haben wollen, wären froh, wenn sie unsere Wählerziffer auch nur annähernd erreichten. Was wir verloren haben, sind gefühlsmäßig bewegte und Augenblicksstimungen unterworfenen Massen, was wir behalten haben, reife und geschulte Menschen, die wissen was sie wollen.

In dieser Tatsache liegt für unsere Partei die Gewähr, daß sie diesen Schlag in kürzester Zeit überwinden wird. Denn was jetzt von uns abgewandert ist, das wird sehr bald auch feiner neuen Güter überbrückt werden, wenn es steht, daß auch jene nicht tustande sind, ihre utopischen Hoffnungen zu erfüllen.

Die Freiburger Genossen und die Lehre aus dem Wahlausfall.

Richtig und zutreffend urteilt die Freiburger „Volks-wacht“: Wir Reichheitssozialisten sind uns keinen Augenblick darüber im Zweifel, was im Interesse des Proletariats zu geschehen hat und wir werden unbedenklich um Augenblicksstim-

mungen den Weg weiter gehen, den wir als richtig erkannt haben und den auch die Unabhängigen zu gehen sich gezwungen sehen werden, sobald sie nur einmal vom bloßen Nörgeln zur positiven Arbeit übergehen.

Reichsfinanzminister Dr. Birtz gegen eine Rechtschwenkung.

In einer Ansprache, die Reichsfinanzminister Dr. Birtz am Abend des Wahltages in Freiburg hielt, sagte er u. a. eine Rechtschwenkung des Staates sei abzulehnen, weil dies ein Unglück für das Vaterland bedeute. Die Reichheitssozialisten jänden jetzt vor der Entscheidung, ob sie demokratische oder radikale Politik treiben wollten. Das erstere sei nur möglich, wenn auch beim Zentrum aufrichtige ehrliche demokratische Politik getrieben werde. Auf das Wort des Zentrums müßte sich jede Partei verlassen können. Er vertrete nicht, daß eine reaktionäre Welle über Deutschland hinweggehe. Dr. Birtz erklärte dann die Möglichkeit einer Verbreiterung der Basis der Koalition zum Beispiel durch den Beitritt der deutschen liberalen Volkspartei, die von der Sozialdemokratie abgelehnt werde, da sie zu einer Spaltung dieser Partei zu führen geeignet sei und zu einer Verdrängung der Unabhängigen. Das Zentrum sei bereit, als starker Gespieler auch in Zukunft dem Vaterland zu dienen.

Männer- und Frauenstimmen.

In der Wahl Köln haben Männer und Frauen in getrennten Räumen gewählt. Es ergibt sich daraus folgendes Bild:

	Gesamtstimmen	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	52 118	32 984	19 134
Reichheitssozialisten	60 429	36 286	24 143
Deutsche Volkspartei	33 712	17 768	15 944
Unabhängige	27 218	18 246	8 972
Demokraten	11 231	6 384	4 847
Christliche Volkspartei	8 307	4 247	4 060
Deutschnationale	6 612	3 190	3 422
	229 627	119 263	110 364

Da unter den Wahlberechtigten in Köln wie anderwärts die Frauen stärker vertreten sein werden als die Männer und doch von jenen 9000 Stimmen weniger abgegeben wurden, so ist die Wahlmündigkeit offenbar vorwiegend bei den Wählerinnen in Erscheinung getreten. Von ihr wurden nicht betroffen das Zentrum und die Deutschnationalen. Der gewaltige Ueberstich weiblicher Stimmen beim Zentrum ist ja keine neue oder erstaunliche Erscheinung. Der Einfluß der Weiblichkeit ist diesmal dadurch nachweisbar, daß die Abstimmerung vom Zentrum (Christliche Volkspartei) weniger Frauen- als Männerstimmen erhalten hat. Ueberall sonst waren zweifellos die Frauen von dem Zug nach Rechts, von der Schwärzung nach dem Gewesenen stärker erfaßt als die Männer. Der rechte Oppositionsfüßler des Zentrums hätte also die Frauen noch stärker angezogen müssen als die offizielle Partei. Aber die Weiblichkeit stand geschlossen zur alten Fahne und ihr folgten die Frauen.

Regierung und sozialistische Parteien.

Wie die „P. B. N.“ aus führenden sozialdemokratischen Kreisen hören, erscheint entsprechend den Erklärungen des Reichskanzlers Müller im Wahlkampf auch jetzt der Gesamtpartei bei der Bildung der Regierung jede Konzeption nach rechts hin ausgeschlossen.

Die Sozialdemokratie hat sich seit der Revolution für das deutsche Volk geopfert und allein ununterbrochen die Verantwortung der Regierungstätigkeit auf sich genommen, weil der Friede unbedingt, geschehen und Deutschland vor dem Zerfallen durch seine Feinde geschützt werden mußte. Über diese Aufopferung der Sozialdemokratie hat ihre eigene Partei kein Wort mehr zu schreiben und kein unbedingtes zwingendes Wort mehr gegeben. Die Opposition von rechts gegen die frühere Koalitionsregierung ist stark gewachsen. Unter diesen Umständen trägt die U. S. P. die Verantwortung dafür ob eine links- oder rechtsgerichtete Regierung im Reich gebildet wird. Die U. S. P. muß zeigen, ob sie gewillt ist, das Vertrauen, das die Wähler ihr entgegengebracht haben, durch Taten zu rechtfertigen, oder ob sie unter allen Umständen entschlossen ist, sich auf Neben und Agitation in der Opposition zu beschränken. Im letzteren Falle würde voraussichtlich auch die Sozialdemokratie an der Neubildung nicht teilnehmen. Die U. S. P. D. mag es dann vor dem deutschen Volke verantworten, wenn eine neue Parteiregierung der Rechten im Reich ausbricht kommt. Die Sozialdemokratie steht jedenfalls nicht an dem Ministerposten, im Gegenteil, sie wäre heilfroh, wenn sie einmal von der Verantwortung für die Leitung des Reiches befreit sein könnte. Es wäre ihr besonders erwünscht, wenn Vertreter einer rechts gerichteten Regierung nach Spa gingen und

dort verblieben, was sie bei der Entlastung durchzuführen vermögen. Aber selbstverständlich birgt jeder derartige Versuch die schwersten innen- und außenpolitischen Gefahren für das deutsche Volk in sich. Aber nicht die Sozialdemokratie, sondern die U. S. P. D. hat es in der Hand, diese Folgen eintreten zu lassen oder abzuwehren.

„Es ist als sicher anzunehmen,“ so schließen die „Volksparl.“ ihre Information. „daß der Reichspräsident sofort beim Zusammentritt des neuen Reichstages den bisherigen Reichskanzler Müller auffordern wird, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt auf der Hand, daß dieser sich einen ihrer Wählergatt entprechenden Einfluß in der Regierung erhält und im entsprechenden Maße die Verantwortung übernimmt. Sollte sie das verweigern, so würde wohl Hermann Müller den Auftrag der Kabinetsbildung zurückgeben.“

Französische Blätterstimmen.

Die französischen Zeitungen bringen die ersten Betrachtungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen. Das „Echo de Paris“, das führende Blatt der französischen Imperialisten, schreibt:

„Die Niederlage der Koalition steht jenseits aller Zweifel. In Deutschland ist kein Platz für die Regierung der Ordnung und Demokratie, an deren Erlösung man uns seit dem Waffenstillstand hartnäckig glauben machen wollte. Wer überlegen wollte, hat das vorausgesehen. Selbst die Gläubigsten müssen auf ihre Illusionen verzichten. Die ganze Frage besteht darin, zu wissen, ob die vorgebliche Deutsche Republik in einer militärischen oder kommunalistischen Diktatur enden wird. In Frankreich fürchtet man mehr die militärische Gefahr, in England mehr die Gefahr der Anarchie. Das endgültige Wahlergebnis wird den bisherigen Einbruch bestätigen, daß unsere Beschäftigung begründet ist: Die reaktionären Parteien bleiben so mächtig in Deutschland, als daß es klug wäre, die Bedingungen zu mildern, welche die Alliierten festgesetzt haben zur Ermöglichung Deutschlands.“

Der „Temps“ sieht den nämligen Auf aus: „Die Eingeführung der deutschen Armee ist dringender als je notwendig, weil der Geist ihres Offizierskorps gefährlicher wird, als er jemals war.“

Der nationalistische „Bonnet“ zieht aus den Wahlen den Schluß, daß die Furcht vor der deutschen Revolution die bürgerlichen Massen der Koalition angetrieben habe. Er gibt aber auch zu, daß die bisherige Koalitionsregierung dadurch geschwächt war, daß sie den Versailler Frieden nicht unterzeichnet hätte. Der Sozialdemokratia sei es nicht gelungen, die Verordnungen zu erfüllen, die sie der Landbevölkerung gegeben habe. Sie habe in Deutschland wie überall bemerkt, daß sie nur zerfallen könne oder unfähig sei, wieder aufzubauen.“

Der linksrepublikanische „Progres“ schreibt: „Es wäre lächerlich in diesem Augenblick schon Zukunftsprognosen anzustellen. Der radikale Sozialismus der äußersten Linken und die Uebelthäter erheben sich mit wachsender Kraft gegen die Parteien die Deutschland bisher regiert haben. Diese doppelte Opposition bereinigt mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen und diese einfache Rechnung beweist daß die gestrige Koalition morgen nicht mehr lebensfähig ist.“

Marheit vor allem!

Diese Forderung stellt Genosse Rebaudier Gazyuber in der Mannheimer „Volksstimme“. Wir zitieren aus dem Artikel, dem wir im allgemeinen zustimmen, das folgende:

Marheit nach der einen oder Marheit nach der anderen Seite: Marheit aber vor allem! Diese Marheit aber kann nach Lage der Dinge nur darin liegen, daß die bisherige Koalition, mag sie nun noch fünfzig Prozent der Gesamtstimmen und Mandate umfassen, aber einige Prozent darüber hinaus, als so nicht mehr regierungsfähig betrachtet wird, und daß aus dieser Situation die nötigen Folgerungen gezogen, aus ihr heraus nach der Lösung der Krise gesucht wird. Diese Lösung aber wiederum kann — wir haben das schon gestern scharf ausgesprochen — nur in einer klaren Entscheidung zwischen rechts und links gesucht und gefunden werden.

Die auf die Dauer praktische Unmöglichkeit einer ausgesprochenen Rechtsregierung haben wir schon nachgewiesen; ein solcher Versuch wenn er überhaupt unternommen würde, würde schon daran scheitern, daß die beiden Reichsparteien noch viel weniger als die Mitte über eine Mehrheit verfügen, werden sie doch im Reichstag selbst vermutlich nicht einmal ein Drittel der Sitze einnehmen. So bleibt nur die Kombination einer Regierungsmehrheit und eines Kabinetts aus der gesamten Linken unter Einfluß der Demokraten und

Väter und Söhne.

Roman von Swan Turgenjeff.

Basillj Iwanowitsch stand zuerst auf. „Kommt, meine Herren, verzeiht großmütig, wenn ich euch gelangweilt habe. Meine Haushälterin wird euch hoffentlich besser gefallen als ich!“

Das Men, obgleich in der Gile bereitet, war sehr gut, sogar reichlich; nur der Wein ließ etwas zu wünschen übrig; der fast schwarze Kees, von Timofeitch in der Stadt bei einem Kaufmann seiner Bekanntheit eingekauft, hatte einen Nachgeschmack von Sars und Kupfer. Auch die Fliegen machten sich sehr lästig. Somit laate ein kleiner Vorsprung sie mit einem großen hürrer Zweige fort; aber heute hatte ihn Basillj Iwanowitsch von seinem Amte dispensiert — aus Furcht, die Herren vom Fortschritt möchten auch auf ihn ihre Kritik ausdehnen. Arina Wasjewna hatte bereits Zeit gefunden, Toilette zu machen. Sie trug eine hohe Haube mit gelbem Band und einen blau geblümten Schal. Sobald sie ihren Entschluß wieder zu sehen bekam, begann sie von neuem zu weinen; aber ihr Mann brauchte sie diesmal nicht zu beruhigen: sie trodnete sich selbst so schnell wie möglich die Tränen, denn sie befürchtete den Schal zu verderben. Die jungen Leute steiften allein: die Herrschaft hatte schon vor längerer Zeit gegeben.

Mit der Bedienung war Fedka beauftragt, den seine großen Stiefel offenbar sehr inkommodierten; er wurde unterstützt von einer eintägigen Frau mit männlichen Zügen, namen Anisjuscha, welche die Funktionen der Beschleiferin, der Wäscherin und der Süßnerfrau zugleich versah.

Während des Essens ging Basillj Iwanowitsch unaufhörlich mit einem glücklichen, ja sogar seltsamem Gesicht im Zimmer auf und ab, wobei er sich zugleich über die peinliche Unruhe ausließ, welche ihm die Politik des Kaisers Napoleon und die Dunkelheit der italienischen Frage verursachten. Arina Wasjewna schien Arkadi gar nicht zu

leben; das Kind auf die Hand gestützt zeigte sie ihr volles rundes Gesicht, dem kleine geschwollene kirchrote Lippen und kleine Muttermale auf den Wangen und über den Brauen einen Ausdruck großer Gutmütigkeit verliehen. Sie wendete kein Auge von ihrem Sohne ab und hörte nicht auf zu seufzen: sie hätte um ihr Leben gern gewußt, wie lange er zu bleiben gedachte, aber sie wagte es nicht, ihn zu fragen. Wenn er mir antwortete: nur auf zwei Tage?“ dachte sie, und ihr Herz schnürte sich schmerzhaft zusammen. Nach dem Braten verschwand Basillj Iwanowitsch auf einen Augenblick und kam bald wieder mit einer halben Flasche Champaqner, die er entkorkt hatte.

„Obgleich wir,“ rief er aus, „mitten in der Wüste wohnen, so haben wir doch bei großen Gelegenheiten was das Herz erfreut.“

Er füllte ein kleines und drei große Gläser, erklärte, daß er auf die Gesundheit der „verehrten Gäste“ trinke, leerte sein Glas nach militärischer Weise auf einen Zug und nötigte Arina Wasjewna, das kleine Glas bis auf den letzten Tropfen auszutrinken. Als man ans Dessert kam, hielt es Arkadi, obgleich er kein Eingemachtes vertragen konnte, doch für seine Pflicht, von vier verschiedenen, erst vor kurzem bereiteten Sorten zu kosten, und zwar um so mehr, als Basaroff sich kurzweg weigerte und sofort eine Zigarre zu rauchen begann. Nach dem Dessert kam Tee mit Mahn, Brezeln und Butter. Darauf führte Basillj Iwanowitsch die ganze Gesellschaft in den Garten, um den schönen Abend zu genießen. Als sie an einer Bank vorbeikamen, raunte er Arkadi ins Ohr: „Nehmen Was suche ich auf, wenn ich philosophieren und dabei den Untergang der Sonne beobachten will: so nient es sich für den Einsiedler. Und dort, etwas weiter vorn, habe ich die Bäume gepflanzt, welche Soras liebte.“

„Was für Bäume?“ fragte Basaroff, der das gehört hatte.

„Nun... Akazien.“

Basaroff begann zu gähnen.

„Ich glaube, es ist bald Zeit, daß unsere Reisenden sich Morpheus Armen anvertrauen,“ bemerkte Basillj Iwanowitsch.

„Das heißt, sich zu Bett begeben,“ bemerkte Basaroff. „Ein sehr vernünftiger Ausdruck. Ich bin ganz damit einverstanden.“

Als er sich von seiner Mutter verabschiedete, küßte er sie auf die Stirn — und während sie ihn umarmte, machte sie heimlich hinter seinem Rücken drei oder viermal das Zeichen des Kreuzes. Basillj Iwanowitsch führte Arkadi auf sein Zimmer und wünschte ihm „eine süße Ruhe, die er selbst in diesem glücklichen Alter genossen hatte.“

In der Tat schlief Arkadi ausgezeichnet in seinem kleinen Zimmer: es duftete darin nach frischen Holzpfeifen, während zwei Heimchen in ihrem Nestchen hinter dem Ofen in einschlafender Weise zirpten. Aus Arkadis Zimmer begab sich Basillj Iwanowitsch in sein eigenes Kabinett, setzte sich zu Füßen seines Sohnes auf das Sofa und schickte sich an, ein wenig mit ihm zu plaudern; aber Basaroff landete ihm augenblicklich fort, indem er ihm sagte, er sei schläfrig.

Und doch floß ihn der Schlummer bis zum Eintritt der Morgenämmerung. Die Augen weit geöffnet blickte er verbissen in die Dunkelheit hinein. Die Erinnerungen der Kindheit hatten keine Macht über ihn, aber die bitteren Eindrücke der vorhergehenden Tage erregten noch seinen Geist. Arina Wasjewna betete erit vor ihren Heiligenbildern; dann unterhielt sie sich lange, lange Zeit mit Anisjuscha, die wie angewurzelt vor ihrer Herrin stand und sie mit ihrem einen Auge betrachtend, ihr in geheimnisvollem Flüsterton alle ihre Beobachtungen und Vermutungen über Engen Basilljewitsch anvertraute. Freude, Wein und Tabakrauch hatten der alten Frau derart den Kopf verwirrt, daß ihr völlig schwandelte. Ihr Mann wollte ein wenig mit ihr plaudern, aber er gab den Versuch bald auf und ging, resigniert mit der Hand winkend, wieder aus dem Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

des Zentrums übrig. Eine solche Regierung hätte die breite Basis einer ungefähren Zweidrittel-Majorität unter den Häfen, sie könnte sich auf ein Gegenwartsprogramm republikanisch-demokratisch-sozialistischer Neugestaltung einigen, wobei wir uns selbstverständlich der Schwierigkeiten einer solchen Einigung voll bewusst sind. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten für einen solchen Versuch lägen freilich auf einem Gebiete, das heute überhaupt noch nicht zu übersehen ist: Einmal beim Zentrum das bei den Wahlen ohne Zweifel eine Schwere Last nach rechts erfahren hat und nicht bloß in Bayern, sondern auch in anderen Landesstellen scharfem Widerstande begegnen würde, wenn es seine Politik noch einige Grade mehr nach links zu orientieren versuchte. Bei dem festen Zusammenhalt des Zentrums aber ist es gleichwohl möglich, zumindest wäre der Versuch zu machen, ob es — der Not gewärtig, nicht dem eigenen Triebe — sich nicht doch zu einer solchen Koalitionspolitik entschließen.

Ingleich schwieriger aber liegen die Dinge auf der Gegenseite bei den Unabhängigen. Diese stehen wahrhaft vor der schicksalsschweren Entscheidungfrage, ob sie, abseits stehend, fatalistisch und passiv den Dingen ihren Lauf lassen wollen, auch wenn er ins Unheil führt, oder alle Errungenschaften der Revolution aufs Schwärze gefährdet; oder ob sie den Weg zur positiven Arbeit finden und, ihrer letzten Ziele unerschrocken, schon in der Gegenwart praktische Arbeit für die Republik, die Demokratie und die Vorbereitung des Sozialismus zu leisten sich bereit erklären. Sie sind heute in einer andern Lage als bisher. Als Fraktion von 70 bis 80 oder mehr Köpfen tragen sie eine ganz andere Verantwortung als als solche von kaum zwei Duzend Vertretern. Fünf bis sechs Millionen Wähler haben ihre Stimme gegeben, weil sie von ihm nicht Worte, sondern Taten, nicht Versprechungen, sondern Erfüllungen, nicht Behauptungen eines schönen Jenseits allein, sondern auch praktische Leistungen für das Diesseits und die Gegenwart erwarten. Es wäre für sie schwerste Enttäuschung, wenn es sich herausstellte, daß es bei den Worten bleibt; daß deren Abgeordnete schöne Reden nach Berlin machten und Diktien besaßen, ohne die Kraft, ohne die Fähigkeit, ja, schon ohne den Willen zu sozialistischer Aufbaubarbeit. Und es wäre mehr; es wäre zugleich Preisgabe großer Möglichkeiten für das Proletariat — man denke nur welches Gewicht der Gesamtsozialismus den bürgerlichen Parteien gegenüber darstellt, wenn er von sich sagen und praktisch bewirken könnte, daß seine beiden Flügel bereit sind, zum positiven Aufbau des neuen Deutschland ihre Kraft einzusetzen — und welche Gefahr für das bisher Erreichte — wenn die jetzt große U.S.B. scheitern, anstandslos und regierend beiseite stehen bliebe und durch diese ihre Haltung das Zentrum und vielleicht auch die Demokratie von sich aus nach der Seite der Rechten zwingen und die Verantwortung dafür zu übernehmen hätte, wenn anstelle einer möglichen Einheitspolitik ein paar Jahre trotz aller inneren Unmöglichkeit und aller Gefahren eine ausgeprobenere Rechtspolitik mit all ihren verhängnisvollen Wirkungen für das Proletariat gemacht werden würde.

Wenn je, dann steht jetzt die Unabhängige Partei vor einer schweren Entscheidung. Das Schicksal stellt sie auch vor die Frage: Wie verhält sie sich zu der U.S.B., hier sprache! oder, wie Marx es scharf und unübersehbar: Wie verhält sie sich zu der U.S.B.? Wie wird sie springen? Wie wird sie tanzen? oder — ob's Bauerblümchen weiter zusehen, wie die andern tanzen, ohne selbst zeigen zu wollen, und wie sie selbst tanzen kann?

Badischer Landtag.

(45. öffentliche Sitzung.)

gr. Karlsruhe, 9. Juni.

Präsident Kauf eröffnet die Sitzung um 3.50 Uhr. Eingegangen ist ein Antrag des Abg. Mayer-Karlruhe (D.M.) und Gen. zur Ausarbeitung des in der Verfassung vorgesehenen Gesetzes über die Volksabstimmungen. Ein eingegangener Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Krauß wegen Verleumdung geht an den Geschäftsausschuß.

Der Gesetzentwurf über die Befestigung der Gemeinde- und Abwehrschaffsbeamten wird in beiden Lesungen in namentlicher Abstimmung mit 94 Stimmen gegen die Stimme des Abg. Weishaupt (Zentr.) angenommen.

Der Antrag auf Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Anstalten der Orts- und Innungs-Frankenkassen findet Annahme.

Petitionen.

Eine Petition über den Zeitungs- und Bücherverkauf auf den Bahnhöfen wird zur Kenntnisnahme überwiesen, wobei Abg. Weismann (Soz.) darauf hinweist, daß früher die sozialdemokratischen Zeitungen von den Bahnhofsbuchhandlungen sehr schlecht behandelt wurden und auch heute noch manche Zeitungen einseitig bevorzugt werden. Alle Zeitungen sollten angehalten werden und die Gewinne sollten der Allgemeinheit zugunsten zugewandt werden. — Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) ist bedauernd, daß der „Bad. Beobachter“ so wenig auf den Bahnhöfen zu finden ist.

Das Gesuch der Kolonisten und Pächter in den Tälern der Rhein- und Schwarzwald, Sundsbach und Wiberach betr. Befreiung des Oberigentums im Bereich des Forstamts Gerzungen wird an die Kommission zurück. — Abg. Müdel (Zentr.) dankte der Regierung für ihre Maßnahmen während Abg. Dr. Gortwein (Dem.) auf die Kompensierung dieser Rechtsverhältnisse hinweist, bevor ein endgültiges Urteil möglich ist, wozu Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) übereinstimmend, der bemerkt, daß die Kompensierung von der Schwierigkeit der Holzarbeiter in den Tälern gar keine Lösung hätte.

Ein Gesuch um bessere Regelung der Anstellungsverhältnisse der Militärärzte wird durch die Erklärung der Regierung, die mit dem Verband in Fühlung treten wird, als erledigt erklärt. — Die Petition des badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose um Aufnahme der Gesundheitslehre im Lehrplan der Schulen wird als Material überwiesen. — Die Petition um Gleichstellung der zurückkehrenden Zivilgefangenen mit den Kriegsgefangenen wird zur Kenntnisnahme in dem Sinne überwiesen, daß die Reichsregierung ersucht wird, sich sobald als möglich zur Sache zu äußern.

Weber die Petition der Mitglieder der früheren Volkswirtschaft in Freiburg um Lohnnachzahlung berichtet Abg. Arnold (Soz.), der namens der Kommission empfehlende Anträge einbringt. Abg. Dr. Glöckner (Dem.) beantragt Uebertragung zur Tagesordnung. Abg. Arnold (Soz.) weist darauf hin, daß ein Anspruch auf die Nachzahlung besteht, da es sich um eine Antiquität handelt. Deshalb ist empfehlende Ueberweisung zu befürworten. Der Regierungsvertreter erklärt, eine Ingerichtigkeit der Regierung nicht einsehen zu können. Abg. Kleiß (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Glöckner, da sonst die bisherigen Gesetzentwürfe der Geschäftsausschüsse durchbrochen würde. Abg. Mast (Zentr.) stellt fest, daß die Regierung von ihren früheren Ausführungen abweicht. Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) erklärt, daß eine neue Situation geschaffen sei und beantragt Kinderbeweismann an die Kom-

mission. Abg. Arnold (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Mast fest, daß die Ausführungen des Regierungsvertreters im Kommissionenbericht enthalten sind. — Die Petition wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an die Kommission zurückverwiesen.

Ueber das Gesuch einer Anzahl Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Mannheim um Niederlegung der gegen sie anhängigen Verfahren wegen Eigentumsübergehen wird teilweise Uebertragung zur Tagesordnung beantragt, da in ein bestehendes Verfahren nicht eingegriffen werden kann, bezüglich der Niederlegung wird beantragt, das Gesuch der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, soweit der Richterpruch dies ermöglicht. Abg. Müller-Karlruhe (Zentr.) weist auf die Zeit hin, in der die Verfahren erfolgten. Der Regierungsvertreter weist gegenüber dem Abg. Müller (Zentr.) darauf hin, daß sich die Eisenbahn im Interesse ihrer Beamten und Arbeiter auf den Standpunkt des Finanzministers Dr. Wirth stellte, die Eisenbahn muß aufgegeben werden. Die Anträge zeigt, daß ein vollständiges Schließen der Bahnenberaubung vorlag. Man ist hier ganz und gar nicht kleinlich vorgegangen. Selbst die aufgestellten Wächter waren in erster Linie beteiligt. Wenn hier nicht vorgegangen wird, wird das Ansehen des Staates schwer geschädigt. — Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und Interpellationen. — Schluß: 7.15 Uhr.

Badische Politik.

Wie der Landtag nach dem Ergebnis des 6. Juni aussähen würde.

Diese Frage bespricht der Zentrumsführer Dr. Schöfer im „Beobachter“. Er schreibt:

Auf 10 000 Stimmen soll nach § 25 der badischen Verfassung ein Mandat kommen. Danach hieße der Landtag gegen jetzt folgendes Bild:

	1920	1919
Zentrum	34	39
Demokratie	11	25
M.-Sozialdemokratie	19	36
U. S. P.	10	—
Kommunisten	1	—
Deutsch-liberale Volkspartei	6	—
Deutsch-Nationale	11	7
	92	107

Der Landtag würde also 15 Sitze an seinem gegenwärtigen Bestande verlieren. Die Koalition verfügte noch über 34 + 11 + 19 = 64 Mandate, also 17 Stimmen über die Mehrheitsgrenze. Selbst die Zweidrittel-Mehrheit ist gewahrt. 30,66 würde ein Drittel dieser Kammer. Die gesamte Opposition betrüge aber nur: 17 + 11 = 28. Bei dieser Lage der Dinge kann von einer Gefährdung der Koalition aus diesen Gründen nicht gesprochen werden, um so mehr, als die Opposition sich aus der Rechten (6 + 11 = 17) und der äußersten Linken (10 + 1 = 11) zusammensetzen würde. Andere Erwägungen noch anzustellen, dazu liegt gegenwärtig wenigstens ein Anlaß nicht vor.

Ueberblickt man nochmals das Ganze, so treten folgende Momente hervor: 1. Parteizersplitterung, 2. Schwächung der bürgerlichen Parteien, 3. Kräfteverschiebung nach rechts und links an die einzelnen Parteien und Schwächung der Mitte, 4. Sicherstellung der Regierungsmehrheit, 5. Innerparteilicher Bestand des Zentrumssturms. Von seinen Finnen aus lassen sich mit Ruhe Beschlüsse anstellen, auch solche, die man Papier und Feder nicht anvertrauen soll.

Diese Schlussbemerkung des Zentrumsführers darf wohl dahin gedeutet werden, daß das Zentrum die Anregungen oder Versuche, auf Grund der Reichstagswählergebnisse Landtagswahlen in Baden herbeizuführen, in Ruhe abwarten will, um genau die Chancen abzuwägen, die die eine oder die andere Stellungnahme für das Zentrum bieten kann. Da nun, wenn das geschehen konnte, wird Herr Dr. Schöfer zu Unte, Feder und Papier greifen. Der Schlußmeier!

Der Zentrumsturm und die böse Maul- und Klauenseuche.

Man wird im ersten Moment denken: Na, wie kommen diese beiden Begriffe zusammen? Aber das kommt so: Am ersten Tag nach der Wahl brachte der „Badische Beobachter“ einen von solcher Genugtuung diffundierten Artikel „Der Zentrumsturm“ und befand denselben als den einzigen ruhenden Punkt in der Flucht der wechselläufigen Erscheinungen“, während das politische Ungebeten der Sozialdemokraten und Demokraten einen „harten Gegenstoß“ gebracht hat. Nun hat der Verfasser natürlich zunächst das Resultat in Baden im Auge. Der Wahlausfall im Reich hat aber gezeigt, daß auch das Zentrum vom Gegenstoß nicht ganz verschont war. Die Zentrumstürme werden sich im neuen Reichstag von 86 auf 71 einschl. harr. Vorkommen und man muß schon um einige Grade genauer hinschauen um den „ruhenden Punkt“ in der Erscheinungen flucht zu erkennen.

Aber auch in Baden hat das Zentrum Einbußen erlitten, denn seine Stimmen gingen gegenüber den Wahlen am 19. Januar 1919 um 108 075 zurück. Der Abg. Dr. Schöfer machte sich nun dahinter, um die Ursachen des Verlustes zu ergründen und veröffentlicht das Resultat seiner Untersuchung in einem Zeitartikel im „Beobachter“. Neben der Wahlminderlichkeit spricht Herr Dr. Schöfer die Schuld auf — die Maul- und Klauenseuche, die in verschiedenen Ortschaften geherrscht habe und viele Landleute abgehauen haben soll, zur Wahl zu geben.

Das ist nun zweifellos nicht ganz richtig. Herr Schöfer hat sein Mikroskop etwas zu stark eingelegt. Das ein erheblicher Teil der Wauern deshalb nicht aus Rathaus gegangen ist, um den vom Rechner vorher verlesenen Wahlsattel abzugeben, ist nicht anzunehmen. Sie gingen ja auch ins Wirtshaus und die Wahlveranstaltungen, wo allenfalls in Deutschland die „Maul- und Klauenseuche“ herrschte und nicht nur in einigen Ortschaften Badens.

Badische Landwirtschaft.

Die Not der Zeit zwingt uns zu einer immer rationelleren Erfassung unserer Wirtschaftsgüter. So ist deshalb, gemäß seinen mehrfachen Erklärungen, das badische Landwirtschaftsministerium daran gegangen, unserer Landwirtschaft erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und sie gemeinschaftlich für die Allgemeinheit zu bewerten. Nunmehr ist dem badischen Landtag ein Gesetzentwurf vorgegangen, der die badische Landwirtschaft zweifach zu regeln bestimmt ist. Die dem Gesetzentwurf zufolge dürfen Grundstücke auf Land nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde ausgeteilt werden, abgesehen von Grundstücken bis zu 1 Hektar, deren Land für die Hauswirtschaft oder den Betrieb des Unternehmers bestimmt ist. Die Genehmigung kann unterlagert werden, wenn Gründe der Landeskultur oder eine beabsichtigte Entziehung entgegenstehen. Die Genehmigung kann an Bedingungen geknüpft werden hinsichtlich der Dauer, der Rückführung der Landeskultur und der Ueberlassung der Torferzeugnisse an

das Land, an Gemeinden, Kreise, Bezirksverbände oder gemeinnützige Unternehmungen. Zur Förderung der Torferzeugung im öffentlichen oder gemeinwirtschaftlichen Interesse können auf Antrag gegen Entschädigung in Geld Grundstücke oder Grundstücke, die zur Torferzeugung geeignet sind, zu Gunsten des Landes oder von Gemeinden, Kreisen, Bezirksverbänden und gemeinnützigen Unternehmungen mit einem Recht der Entnahme von Torf belastet oder auf das Land oder die genannten Körperschaft und Unternehmungen übereignet werden. Die Uebertragung kann auf zugehörige Anlagen und Geräte erstreckt werden. Die Vorschriften des Entziehungsgesetzes sind entsprechend anzuwenden. Die Entschädigung besteht beim Verkauf zu Gunsten in einer jährlichen Rente, die entspricht bei Torfgrundstücken einer angemessenen Verzinsung, bei Hilfsgrundstücken dem Wert der Nutzung, bei Torfanlagen und Torfgeräten dem Betrag der Verzinsung und angemessenen Abschreibung. Die Entschädigung besteht im Falle der Inanspruchnahme des Eigentums an Grundstücken in dem Betrage, der dem faktischsten Reinertrag des Grundstückes nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vor dem Inkrafttreten des Gesetzes entspricht, an Torfanlagen und Torfgeräten in den Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen. Der Eigentümer eines Torfgrundstückes kann gegen Vergütung für die Dauer der Ausbeutung die für seinen Hausbrand und seinen Betrieb erforderliche Menge von Torferzeugnissen in dem Umfang verlangen, wie er ihn vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aus dem Grundstück geerntet hat. Der auf die gemeinnützige Verwertung der badischen Torfschätze hinzielende Gesetzentwurf steht für die Umgehung des Gesetzes Strafen bis zu 6 Wochen bzw. bis zu 150 M. Geldstrafe und Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten bzw. bis zu 10 000 M. Geldstrafen vor.

Schuldemokratie.

Das Unterrichtsministerium hat vor einiger Zeit in seinem Amtsblatt Richtlinien für die Beteiligung der Schüler an der Schulpflege und Schulverwaltung (Schülerräte) veröffentlicht. Diefelben haben aber nur für die „höheren Lehranstalten“ Gültigkeit. In diesen Schulen können künftig selbst die 9-10-jährigen Schüler der Sexta schulpolitische Rechte ausüben. Für die Schüler der Gewerbe- und Handelsschulen (14 bis 18 Jahre alt) haben die Bestimmungen keine Bedeutung. Wahrscheinlich traut das Unterrichtsministerium einem 18-jährigen Gewerbeschüler noch keine solche politische Reife zu wie einem 18-jährigen Gymnasialisten. Oder will man damit dokumentieren, daß der Sohn des Geldsacks und der gesellschaftlichen Oberschicht auch im demokratischen Freistaat in den Neuerrichtungen ebenso mehr und weiter begünstigt werden soll zum Nachteil des Proletariats? Das Unterrichtsministerium würde ja aus seiner Rolle fallen, wenn es in dieser Sache anders gehandelt hätte. Das volle Jahr, in welchem die Gewerbeschulen nunmehr dem Unterrichtsministerium unterstellt sind, wurde für deren Hebung auch nicht das Geringste getan. Wann beginnt endlich einmal der Unterrichtsminister an die Verwirklichung seines Schulprogramms heranzutreten, worin er bekanntlich die Hebung der Gewerbeschulen auf die Höhe der Mittelschulen festgelegt hat? Wir wollen nicht das Ministerwort als eine leere Phrase ansehen. Aber gerade in der mehr idealen Frage der Schülerauschüsse hätte der Unterrichtsminister zeigen können, daß es ihm mit seinem Wort hochernst ist. Keine Unterrichtsanklagen sind für den Bezirk der Schüler zur Schulverwaltung und Schulpflege geeigneter wie die Gewerbeschulen. Eine Reihe Tätigkeitsgebiete stehen hier offen, die gerade die Mitwirkung der Schüler unterrichtstechnisch und schulpolitisch verlangen. Selbst für den Fall daß besagte Einrichtungen in den höheren Lehranstalten zunächst nur versuchsweise gedacht wären, hätte gerade die Einbeziehung der Gewerbe- und Handelsschulen in den Versuch wertvolles Begutachtungsmaterial erbringen können; denn wenn der Versuch bei der Kopfarbeiterbildungsfähigkeiten fehlschlagen sollte, so ist damit noch lange nicht bewiesen, daß die Einrichtung auch für die Handarbeiterbildungsfähigkeiten nichts taugt. Wir können uns des Eindruckes nicht verwehren, daß nach wie vor die Bildungsfähigkeiten unserer wertvollen Volksgenossen die Stiefkinder der Schulpflege sind. Wägen daher unsere sozialdemokratischen Abgeordneten die Augen auf tun, damit unser arbeitendes Volk nicht um die Kulturfrüchte der Revolution betrogen wird.

Die Hebung der Hundetaxe. Das vom Landtag jüngst angenommene Gesetz über die Erhöhung der Sporeln und Taxen gilt auch für die Hundetaxe. Die beträgt jetzt in Gemeinden von 4000 und weniger Einwohnern 24 M., in Gemeinden von über 4000 Einwohnern 28 M. Bei einem Hundebesitzer, der in einer badischen Gemeinde einen dauernden Aufenthalt hat, beträgt die Taxe 24 M. Da, mo ein besonderer Gemeindezuschlag zur Hundetaxe erhoben wird, ist dieser Zuschlag durch das neue Gesetz ebenfalls um 200 % erhöht worden. Gemeindezuschläge zur Hundetaxe sind daher künftig in der dreifachen Höhe des bisherigen Betrages zu entrichten.

Personalarbeiterhöhung. Ein Eisenbahnbeamter schreibt uns: Kann ich die letzte Erhöhung der Eisenbahntarife durchgeföhrt bringen die Zeitungen schon wieder die Meldung, daß eine nochmalige Erhöhung um 100 % demnächst eintreten soll, weil auch die jetzigen Entnahmen noch nicht hinreichen, die gestiegenen Ausgaben zu decken. Beim Güterverkehr mag eine Preisverhöhung den gewünschten Erfolg nahezu haben; vor einer allzu starken finanziellen Belastung des Personenverkehrs sei jedoch dringend gewarnt. Schon die letzte Tarifserhöhung hatte nur teilweise Erfolg, da die Entnahmen sich nicht verdoppeln sondern infolge bedeutenden Rückgangs des Verkehrs nur um etwa 50-60 % zunahmen. Eine nochmalige Verdoppelung der Fahrpreise würde aber gar keinen Erfolg haben, da durch Abwanderung in niedrigere Wagenklassen und Einschränkung der Reisen auf das unumgänglich notwendige Maß die Erhöhung illusorisch gemacht werde; hat doch seit März schon eine so starke Verschiebung stattgefunden, daß die 1. Wagenklasse fast ausnahmslos und die 2. vielfach leer in den Zügen laufen, sogar in der dritten Klasse ist meistens genügend Platz. Die seit März gemachten Erfahrungen sind für eine Steigerung der Fahrpreise wenig ermutigend.

Die Dienstpflicht bei der Feuerweh. In der letzten Zeit wird vielfach darüber geflagt, daß sich gerade die besten Klassen von der aktiven Beteiligung an der Feuerweh fernhalten. Auch im Haushaltsausschuß des badischen Landtags ist über diese Frage gesprochen worden und es wurde dabei angeregt, die Regierung möge ein entsprechendes Gesetz oder eine Verordnung erlassen, wonach diejenigen Kreise, die sich nicht an der Feuerweh aktiv beteiligen mit einer entsprechenden Steuer belegt werden. Der Minister des Innern erklärte hierzu, die neue badische Gemeindeordnung werde den Gemeinden hierzu eine gewisse Handhabe bieten. Wie wir nun hören ist vom Ministerium des Innern in den Entwurf der neuen badischen Gemeindeordnung nachträglich folgender Absatz eingefügt worden: „Die Gemeinde ist berechtigt, auch persönliche Dienste der Gemeindeangehörigen zur Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Aufgaben und für alle Fälle der Not in Anspruch zu nehmen. Der Kreis der Verpflichteten, die Art und der Umfang der Dienstleistung, sowie die etwa zu gewährenden Vergütung oder zu zahlende Abfindung ist durch Gemeindebeschluss zu bestimmen.“ Damit wird den Gemeinden ein gesetzliches Mittel in die Hand gegeben gegenüber denjenigen Personen, die sich von der aktiven Teilnahme am Feuerwehdienst drücken.

Aus der Partei.

5. Landtagswahlkreis. Die Parteivereine werden ersucht, umgehend die noch ausstehenden Sammellisten mit den geeigneten Vorschlägen, ebenso die Gelder für die verkauften Wahlsondarmarken dem Sekretariat einzusenden.

Oskar Trinks.

Stagfeld, 10. Juni. Es sei auch an dieser Stelle auf die am Sonntag, 13. d. M., vormittags 10 Uhr im „Dirck“ stattfindende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereines hingewiesen, in der ein auswärtiger Parteigenosse einen Vortrag halten wird über das Thema: „Mißbild über die verflochtenen Reichstagswahlen“.

Bewerkschaftliches.

Abwehrstreik der Bauarbeiter in Ettlingen.

Seit 9. Juni befinden sich die Bauarbeiter in Ettlingen im Ausstand, weil die Arbeitgeber sämtlichen Vertragsbruch begangen haben. Die Sache ist folgende: Am 19. April d. J. wurde mit den Unternehmern in Ettlingen ein Stundenlohn von 5.50 M ab 1. Mai vereinbart. Am 7. Juni schied die Arbeitgeber an die Leitung des Bauarbeiterverbandes in Karlsruhe folgendes Schreiben:

Die hiesigen Maurer- und Zimmermeister haben in der heutigen Versammlung folgendes beschlossen: Die mit dem Bauarbeiterverband getroffene Vereinbarung vom 19. April d. J. wird hiermit gekündigt. Der Stundenlohn wird ab 1. Mai beginnend, 3. Juni auf 5 M festgesetzt, auf Grund der in Karlsruhe seit 1. Mai gezahlten Löhne.

J. A. der hiesigen Arbeitgeber:

Als obne mit der Organisation zu verhandeln, diktierten die Herren in Ettlingen einfach eine Lohnkürzung von 50 Pf. pro Stunde. Damit haben sie einen Vertragsbruch begangen und den Kampf begonnen. Die Bauarbeiter haben den Kampf aufgenommen und sind einmütig in den Abwehrstreik eingetreten. Allen Bauarbeitern aber rufen wir zu: Die Augen auf, denn es scheint, daß dies in Ettlingen der Anfang von großen Lohnkämpfen auf der ganzen Linie sein wird.

Streik der städt. Arbeiter in Konstanz. Am Dienstag früh traten die städtischen Arbeiter in Konstanz, im Dienstleistungen in Streik, weil der neue Lohnvertrag, der zwischen den Zentralverbänden der Arbeiterkassen und dem hiesigen Städteverband hier noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Infolge des Streiks lagen auch die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke still. Im Laufe des Vormittags erklärten sich aber die Arbeiter der techn. Betriebe bereit, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, während die Arbeiter der übrigen Betriebe weiter freistanden.

Gemeindepolitik.

1. Brach, 9. Juni. Der Gemeinderat Brach ersuchte telegraphisch das Ministerium des Innern, die Kirchensteuer ausfuhr nach der Schweiz mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Es wird darauf hingewiesen, daß infolge der Ausführungserlaubnis die Kirchensteuer im Bistum an einem Tage um 80 Prozent in die Höhe schnellen. Der Gemeinderat hat beschlossen, den städtischen Pensionären und den Witwen ehemaliger Stadionsgestellter fortlaufende Erhöhungen ihrer Bezüge zu gewähren.

Soziale Rundschau.

Vollstuförge.

Bei den Kämpfen in Elberfeld-Barmen haben auch drei Arbeiter ihr Leben eingebüßt, welche bei der „Vollstuförge“ versichert waren. Trotzdem die Versicherungen erst einige Wochen bestanden haben und nur 52. M Prämien eingezahlt waren, wurde den Angehörigen über 5000 M ausbezahlt. Da in so unruhigen Zeiten für jeden erhöhte Lebensgefahr besteht, ist es Pflicht für jeden, dem das Wohl seiner Angehörigen am Herzen liegt, eine Lebensversicherung abzuschließen. Aber auch die hohen Kosten einer Konfirmation, oder die Beschaffung einer Aussteuer, sollen jeden Familienvater veranlassen, für seine Kinder nun den Verhältnissen entsprechende Versicherung abzuschließen. Die „Vollstuförge“, welche von den Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufen wurde, ist die einzige Versicherung, bei welcher der gesamte Ueberfluß den Versicherten zugute kommt. Auskunft erteilen

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Aufführung Karlsruher Gymnasialisten.

Das Stück, das am Samstag abend im ev. Gemeindehaus zur Aufführung kam, nennt sich „Die Lotte“, eine Tragödie in 4 Aufzügen von S. Reich. Es handelt die Schicksale des Themistokles, die sich an die Schlacht bei Salamis knüpfen und seinen Tod, den Aios Griffl in zwei Möglichkeiten, entweder durch Krankheit oder durch Selbstmord, überliefert hat. Ohne die antike Tragödie zu kennen, wäre uns doch lieber gewesen, wir hätten die Verherrlichung des Rhynchos aus dem Jahre 167 vor Beginn unserer Zeitrechnung, vorgeführt bekommen als dieses an sich recht gut gemachte Theaterstück. Die Aufführung verdient uneingeschränktes Lob; sie dauerte zwar etwas lange (vor 7 bis fast 11 Uhr), aber der Beifall war bis zum Schluß ein recht lebhafter und herzlicher, der Versuch ein sehr guter, so daß die Veranstaltung, die zugunsten der Kriessblinden stattfand, als in jeder Beziehung gelungen gebucht werden kann. S. Reich, der Darsteller des Themistokles, löste seine schwierige Aufgabe sehr gut. Trefflich stand ihm A. Renner als Gattin zur Seite. Von den Bürger verdient das recht gelungen gezeichnete Krotoboles von A. Neuer hübsch getroffen, besondere Hervorhebung. Der Zerres von W. Wolf-Förster war eine schöne Leistung bei der Darstellerin der Königin Alosa, S. Zimmermann fiel die deutliche, höfenergerechte Aussprache, die auf dramatische Schulung schließen läßt, besonders auf. Die übrigen 21 Ausübenden mögen sich mit einem herzlichen Gefomilob begnügen, in das auch der ungenannte Einüber eingeschlossen sei. k.

Intendantenwechsel am Mannheimer Nationaltheater. Intendant Dr. Gagemann wird von seinem Amte als Leiter des Mannheimer Nationaltheaters zurücktreten, um die Leitung des Theaters in Wiesbaden zu übernehmen. Der Stadtrat hat beschlossen, Dr. Gagemann von seinem Vertrage mit Ende der Spielzeit zu entbinden. Der Vertrag läuft erst in zwei Jahren ab.

Städtisches Landestheater. In der vom 12.-20. Juni stattfindenden geschlossenen „Ring“-Aufführung singt Frau Lorenz-Göllischer die drei Brunnhildes. Anlässlich der kürzlich stattgefundenen Abschiedsvorstellung der Künstlerin in Breslau als „Götterdämmerung“-Brunnhilde schreibt in einem Rückblick auf ihre Leistungen die „Breslauer Morgenzeitung“ u. a.: Immer herrlicher entwickelte sich ihr mächtiger Sopran und als sie gelegentlich einmal durch die als erste dramatische Sängerin Deutschlands in Berlin abgestempelte

die Vertretenspersonen, oder die Rechnungsstelle: Jof. Krieger, Süßstraße 22.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtswochen vom 24. bis 30. Mai 1920 gegenüber der Vorwoche nicht geändert. Die Zahl der Erwerbslosen ist wieder um 56 auf 4379 gestiegen; weibliche Arbeitslose sind darin mit 568 enthalten. Da ein Absatz der Waren durch die Zurückhaltung der Käufer nur in geringem Umfang möglich ist, arbeitet der größte Teil der Betriebe auf Lager, so daß diese, um ihre angelernten Arbeiter erhalten zu können, größtenteils die verfügbare Arbeitszeit eingeführt haben. Es droht die Lage, vor allem in der Bijouterie- und Möbelindustrie zu einem Rückgang zu werden. In der Landwirtschaft bedingt die bevorstehende Heurnte wieder eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften. Für die Metall- und Maschinenindustrie werden nur einzelne Nacharbeiter gesucht, während Stellenjuchende in diesen Berufsgruppen immer mehr zunehmen; ebenso sind in der Papier- und Lederindustrie kaum offene Stellen zu verzeichnen. Für die Schuhmacher hat sich die Lage sehr zu deren Ungunsten entwickelt. Im Handelsgewerbe wird vorwiegend weibliches Personal gesucht, wie Dienstmädchen und Verkäuferinnen. Am ungünstigsten ist immer noch die Lage in Bezug auf Personal für häusliche Dienste, sowie im Nahrungs- und Genussmittel-, sowie im Vertriebsleistungsgewerbe.

Erwerbslosenunterstützung wurde in der Berichtswochen 226 746 M, in der Vorwoche 232 240 M ausbezahlt; für Arbeitszeitverlängerung wurden 11 780 M verausgabt.

Jugend und Sport.

In die Arbeiter-Sportkassette Vadens!

Am 25. Juni erscheint die 2. Nummer des „Volkssport“. Einblendungen, sowie Bestellungen müssen bis längstens 20. Juni in den Händen des Schriftleiters, Sportsgen. J. Giese, Red. d. „Volkfreund“, Karlsruhe, sein.

Rastatt. Die Bezirksgruppe Rastatt des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltet am Sonntag, 20. Juni d. J., das Gruppenfest. Es haben sich bereits 200 Turner und Turnerinnen zur Beteiligung angemeldet. Vormittags beginnt das Einzelwertungssturnen auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft Rastatt bei der neuen Kurbrücke. Mittags 12 Uhr feiert man nach dem Festtag; dorthin selbst Freiübungen, sowie Stürzturnen an allen Geräten. Wir möchten sämtliche Arbeiter-Sportvereine dringend ersuchen, an diesem Tage von jeder Veranstaltung abzugeben und die Freien Turner der Gruppe Rastatt aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Kleine Nachrichten.

Frankfurt a. M. In den Landkreisen Hünfeld und Wiesbaden ist die Bauernschaft in einen Milchlieferungsstreik eingetreten. Die Arbeiterkassen sind entschlossen, die Milchlieferung zu erzwingen. An einigen Orten ist es bereits zu Kämpfen gekommen.

Berlin. Der Zusammenritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wird nach verschiedenen Morgenblättern noch im Laufe des Monats Juni stattfinden.

Berlin. Die beiden Parteien der Rechten, sowie die Demokraten hielten Besprechungen ab, die fortgesetzt werden. Die Sozialdemokratie hat sich ebenfalls beraten. Doch wird ihre Stellung erst in den nächsten Tagen geklärt werden. Die Zentrumspartei wird sich gleichfalls in den nächsten Tagen zu einer Besprechung zusammenschließen.

Berlin. Nach einem Ferntelegramm aus Tokio wird offiziell mitgeteilt, daß die Japaner bei ihrem Einmarsch in Nikolajew nicht einen einzigen Japaner mehr am Leben gefunden haben. Man glaubt, daß sie sämtlich am 25. Mai ermordet worden sind.

Berlin. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, daß sich die Preissteigerung in Frankreich auch auf das Vieh ausdehnt. Die Fleischpreise sind um einen halben bis einen Franken per Kilogramm gestiegen. Ebenso sind Gemüse und Früchte bedeutend billiger geworden.

Berlin. Einem Privattelegramm des „Berliner Tageblatt“ aus Köln zufolge, hat die königliche Kriminalpolizei sechs Personen wegen rassistischer Wagnungsverstöße, durch welche die Eisenbahnverwaltung um über zehn Millionen Mark geschädigt wurde, festgenommen. Die Schiebergesellschaft hat ganze Wagnerveranstaltungen in Berlin, Wien und Automobilreisen nach Düsseldorf, Leipzig, Dresden usw. verhindert.

Frau W. ereicht wurde, da konnten wir feststellen, daß in Wahrheit wir die erste dramatische Sängerin Deutschlands besaßen. Sie machte uns als Brunnhilde der „Götterdämmerung“ den Abschied reichlich schmer. Wenige Brunnhildes gibt es, die noch der gewaltigen Totenlage um Gieffried mit ungeschwächter Kraft begegnen. Diese junge Frau ist heute schon eine ganz große Künstlerin.“ — Auch die anderen Mütter widmen Frau Lorenz-Göllischer ähnliche Besprechungen. Die Künstlerin hat ein Engagement an das Landestheater Wiesbaden angenommen nachdem sie ihre Wiener Verpflichtungen aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen vorläufig selbst gelöst hat. — Anfang der Vorstellungen: „Meinhold“ 7, „Wallfische“ 5 Uhr; „Siegfried“ 1/2 Uhr; „Götterdämmerung“ 1/2 Uhr.

p. Nahl — Feuerbad — Trübner. In den städtischen Sammlungen in Heidelberg wurde am 15. Mai ds. J. wieder eine Sonderausstellung eröffnet die sich um die Hauptgruppe Nahl — Feuerbad — Trübner gruppiert also um die drei besonders hervorzuheben Künstler der verflochtenen Jahrhundert, die mit Heidelberg in Beziehung stehen. Die Ausstellung, die wiederum von dem rührigen Direktor der Sammlungen, Dr. Karl Lohmeyer, mit viel Liebe und großem Feinsinn zusammengestellt wurde, vereinigt so einmal auch Werke Feuerbads mit einer größeren Reihe von Gemälden seines deutschen Lehrers Karl Nahl. Daneben befinden sich Bilder anderer zeitgenössischer Meister. Die Ausstellung enthält eine ganze Anzahl bisher unbekannter Schöpfungen von Feuerbad, Trübner und weniger bekannten aber doch würdigen Malern wie Cobitz, Reith, Amelke, Kärcher, v. Jagemann u. a. In einem besonderen Zimmer sind Desitzgen des Heidelberger Malers Georg Wilhelm Jffel aufgestellt, dieses feinen und frühen Schilderers deutscher Intimer Landschaft, die lediglich aus den Jahren 1818 bis 1818 stammen, besonders der Münchner Studienzeit Jffels, als er im Vorlande des bayerischen Hochgebirges mit seinem Freunde Max Joseph Wagenbauer weilte, von dem auch eine größere Anzahl von Werken hier vereinigt werden konnten. Schließlich ist noch die Gruppe der Genremaler hervorzuheben, unter denen der unbekannt, einst in München tätige Heidelberger Karl Hoppel zusammen mit neuen, völlig unbekanntem Werken seines Freundes S. H. Weg erscheint, die das besondere Interesse der Kunstfreunde wecken dürften. Abgegeben von den Stützen Jffels entnahmen sämtliche Bilder der Ausstellung, die den ganzen Sommer über bis 15. September geöffnet ist, aus Heidelberg, ein Feigen, welche große und wertvolle Kunstgüter in der auch von der Natur in landschaftlicher Beziehung so hervorragenden Markstadt vereinigt sind.

Brannschweig. In den Verhandlungen der Landesversammlung über die Bildung der neuen Regierung ist es noch zu keinem Ergebnis gekommen. Die Sitzung wurde zu weiteren Verhandlungen auf morgen vertagt.

London. Lloyd George führte im Unterhause noch aus, die Alliierten hielten es für nötig, die Beziehungen zu dem Lande wieder herzustellen, das früher 25 Prozent der Lebensmittel Europas ausgeführt habe. Es seien zweifellos Getreide und Holz in Russland vorhanden. Wenn man sich weigern würde, mit Russland Handel zu treiben, so lange es dort eine bolschewistische Regierung gäbe, würde man eine außerordentliche Dummheit begehen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 10. Juni.

Der Schuhverkauf des Gewerkschaftsartells, der gestern in der städt. Ausstellungshalle seinen Anfang nahm, erfreute sich schon am ersten Tage großen Zuspruchs. Es ist dies ein Beweis, daß die Maßnahme des Artells notwendig war, um ihren Mitgliedern und deren Angehörigen gute und zu den heutigen Verhältnissen billige Schuhe zu verschaffen. Die Kaufstüben werden gewiß auf ihre Rechnung kommen, da alle Arten von Schuhen in der denkbar reichsten Auswahl vorhanden sind. Die Verkaufszeit ist von vormittags 9-1 und nachmittags 3-6 Uhr.

Wucherpreise für Ananas. Nicht nur die Kirchen sind infolge ihrer Wucherpreise für die große Masse der Bevölkerung zu einem Leckerbissen geworden, sondern auch bei den Ananas trifft dies in noch viel stärkerem Maße zu. Kofel doch heute ein Pfundchen dieser eben Frucht 1-2 M., trotzdem diese Jahr eine qualitativ und quantitativ ausgezeichnete Ernte zu verzeichnen ist. Wo die Preisstreber sitzen, wissen wir momentan nicht, wo wissen nur das eine, daß zur Verteilung der hohen Preise genug seien. „Gründe“ und Ausreden auf Lager sein werden, mit denen man versucht, dem tausenden Publikum die hohen Preise plausibel zu machen. Was aber die Konsumenten verlangen, das sind Ananaspreise, welche es bei arbeitenden Bevölkerung gestatten, sich ein paar Pfund dieser süßen Frucht zuzulegen zur Freude für die Kinder und die Großeltern. In den heutigen Wucherpreisen ist es aber nur den Kriegsgewinnern und sonstigen Parasiten am deutschen Volkstempel möglich, Ananas einzukaufen, ohne daß die Anschaffung anderer wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel darunter leidet.

Woher kommen die hohen Kirchenpreise? Einen Beitrag, warum die Kirchenpreise sich auf einer so exorbitanten Höhe bewegen, liefert eine Kirchenbaumversteigerung in Staufen. Dort wurden die Preise von 10 bis 15 M., wie sie für einen Baum anschlagen waren, auf 80 bis 140 M. hinaufgefeigert. Dieser Preis ist angesichts des ungeheuren Kirchenschlums ganz außerordentlich und man darf sich nicht mehr wundern, daß die hohen Kirchenpreise in den Städten nicht zurückgehen. Man sieht also, find es nicht die Erzeuger, die den Preis in die Höhe schrauben, dann sind es die anderen Interessenten, welche der Masse der Stadtbevölkerung den Kirchenschlums unendlich machen. Gegen solche profitorientierten Schädlinge der Volksernährung sollte man sich mit aller Macht zur Wehr setzen.

Bereits Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute Abend 8 Uhr luden sich E. Schneider einen Vortrag über Friedrich Schiller; im Anschluß daran werden eine Anzahl jugendliche Gedichte von Schiller vorgetragen. Die Jugendergebnisse und Jugendergebnisse werden erörtert, sich vollständig und pünktlich, 8 Uhr, einzufinden. Auch die Eltern sind zu den Abenden jeweils eingeladen, ebenso sonstige Freunde der Jugend. Schluß der Veranstaltungen 10 Uhr.

Sozialdemokratische Gewerkschaften. Freitag, 11. d. M., abends 8 Uhr, findet im Restaurant Moninger (Gartenstraße) eine Mitgliederversammlung statt, zu der nur Mitglieder, also keine Gäste, Zutritt haben. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen. 2. Referat des Gen. Krieger über Verhältnisse des Gewerkschaftswesens. Es wird vollständiges Verzeichnis aller Mitglieder erwartet.

Die verheirateten „Eismänner“. In den letzten acht Tagen herrschte eine heimatliche Witterung. Ein trüber Himmel und schneidende Nordwinde ersetzten jede Sommerfreude und brachten eine trübselige, frostige Stimmung hervor, in der viele zum Ueberdieser und zu sonstiger wärmerer Kleidung griffen. Seit Montag trat jedoch ein Umschlag ein. Die scharfen Winde haben sich gelegt und der Himmel klarte sich auf. Die Nächte waren allerdings sehr kühl, so daß man von Glühlagern kann, daß sich kein Keil einstellt. Auch auf dem Gebiet Schwarzwald ist ein empfindlicher Wetterumschlag eingetreten. Auf dem Feldberg und Welden ist Schneefall eingetreten; die Temperatur ist unter Null gefallen. Auch in den Dörfen hat es bis auf 200 Meter herab geschneit. Im Alpengebiet herrscht harter Frost und Schneetreiben. Auf dem Saizis und auf der Zugspitze sank die Temperatur auf 10 Grad unter Null.

B. Ein Hausbesitzer überliefert Garnierung scheint der Besitzer des Hauses Wachtstraße 56 zu sein. Er strengt sich gewaltig an, seinen Mietern mit allerlei Schikanen zu begegnen. Auf den Schließbruch des Mietvereinsamts preist er und trotzdem die Mieter vertraglich ein Anrecht auf den Hinterhof haben, schließt er die Türe zu demselben einfach ab, die Fenster will er mit Gitter versehen, um ein Einströmen zu verhindern. Der Hof steht völlig leer, aber der Herrenstandpunkt des Hausbesitzers läßt nicht zu, seine Mieter, die doch vertraglich ein Anrecht auf die Benutzung des Hofes haben, den Hinterhof einzuhalten. Für diesen Hausbesitzer ist scheint der Mietvertrag nur ein bloßes Papier. Gibt es denn keine Verbände, die diesen Hausbesitzer in seine Schranken verweist?

Haussangekletter-Akt und -Gend. Man schreibt uns. Eine rüchichtslose Hausfrau ist die Frau S., Ritterstr. 11, 3. St. Dieselbe hat am 20. Mai d. J. eine ledige 69 Jahre alte Frau, Frau eingeweiht und als Entschädigung freies Logie gegeben. Die Frau arbeitete unter Tags noch bei anderen Herrschaften und am Abend noch einige Stunden für das Uebernachten bei der Frau S. Am Freitag, 28. Mai, also schon nach 8 Tagen, kam es zu Auseinandersetzungen, da dieselbe angeblich nicht sauber genug putzte. Sie sollte jeden abend noch die 3 Zimmer, großen Gang, Treppe, Küche und das Klosett reine machen. Am Samstag, 29. Mai, durfte sie die Wohnung nicht mehr betreten und auch nicht mehr da schlafen. Die Arme hatte keine Schlafstelle mehr gefunden und mußte wohl oder übel im Freien bei „Mutter Grün“ bei Gewitter und Regen übernachten. Das ist das Los der armen alten Frauen. Wo bleibt da die christliche Nächstenliebe der Hausfrauen? Was sagt hierzu der Hausfrauenbund? Öffentlich sorgt die Behörde, die um die Eingekerkerten erachtet wurde, dafür, daß die gnädige Frau für das Uebernachten der Unglücklichen solange aufgenommen muß, bis diese vom Wohnungsamt eine Schlafstelle zugewiesen erhält. Für die Putz- und Waschfrauen gibt es nur ein Mittel, um diese Uebelstände zu befechten. Sinein in die Organisation! Aufnahmen werden zu jeder Zeit bei Frau Sud, Pultstr. 16, St. 3. Et., entgegengenommen.

Die Karlsruher Parteiorganisation und die Reichstagswahlen.

Wohl als erste Parteiorganisation Badens beschickte sich gestern abend der Wahlverein Karlsruhe der sozialdemokratischen Partei mit dem Ausgang der Reichstagswahlen und mit den damit verbundenen Fragen der nunmehrigen Stellung der Partei gegenüber den andern Parteien und zur Bildung der Regierung. Es mag heute gegeben haben, die nach dem unbefriedigenden Ausfall der Wahlen für unsere Partei nun eine große Abrechnung, eine schwere innere Krise erwartet haben, scharfe Auseinandersetzungen, gegenseitige Anschuldigungen, Kämpfe, die schließlich das zur Folge gehabt hätten, was den vereinigten Gegnern rechts und links im schwersten Wahlkampf, den die Partei ja zu bestehen hatte, nicht gelungen ist: die Vernichtung der Partei. Unsere beste Karlsruher Freundin, die „Sozialistische Republik“, ist im Voraus schon von diesem Ende der Sozialdemokratie überzeugt. Sie sieht schon „nambatte Führer“ und „ganze Ortsvereine“, die „moralisch“ und am Zusammenbrechen sind, der Partei den Rücken kehren und übertreten zur allein seligmachenden U.S.P., wie sie es bisher schon gegeben haben will, obgleich wir jenseits sofort feststellen konnten, daß es mit ihrer Selbstbeherrschung nicht so einfach ist. Aber alle die lieben und guten Freunde von rechts und links werden eine Enttäuschung erleben, die Sozialdemokratie wird ihnen nicht den Gefallen tun, ihrerzeit zu vollbringen, was ihrem vereinigten Ansturm nicht gelungen ist. Freier denn je, einziger und geschlossener als jemals steht unsere Partei da. Das war der prächtige, mächtige Eindruck, den die gestrige Versammlung hinterließ. In Hunderten waren die Genossen und Genossinnen erschienen. Der Saal und Garten reichte bei weitem nicht aus, um alle zu fassen. Und alle befehle nur ein Wille: Weiterarbeiten, weiterkämpfen, nicht verzagen; der Kampf ist aus, es lebe der Kampf! Nichts von Verzweifelt, von Verdrossenheit, von Niederlagen, von Verärgerung. Wohl wurde an dem und jenem, was sich ereignete, Kritik geübt, da und dort diese und jene Auslegung gemacht, allein die Kritik verstand gegenüber dem Aufbauen und Weiterbauenden, gegenüber dem Willen, die Arbeit im Dienst des Sozialismus trotz alledem und alledem mit erneuter Begeisterung fortzusetzen. Die ausgezeichnete Rede unseres Genossen und nunmehrigen badischen Reichstagsabgeordneten G. Schöpplin gab hier Weg und Richtung, der dann auch all die zahlreichen Diskussionsredner, es mögen ein Dutzend gewesen sein, folgten. Mit tiefster Gründlichkeit setzte Gen. Schöpplin die Ursachen des für uns unangünstigen Ausgangs der Wahlen auseinander, um dann anschließend die große und schwerwiegende Frage zu behandeln: Was nun? Was da der Redner über die Haltung und Kampfesweise der Unabhängigen sagte, fand ungeteilte Zustimmung und ebenso mit einmütiger Beifall wurden seine Ausführungen über die nunmehrige Politik der Partei aufgenommen. Der Mitteilung des Gen. Schöpplin, daß der am selben Tage veramtete gewählte Bezirksausschuß der Sozialdemokratischen Partei einstimmig beschlossen habe, daß es mit der Partei Stresemann kein Partieren geben könne, wurde stürmisch zugestimmt, ebenso der Mitteilung, daß der Bezirksausschuß die Frage der Teilnahme an einer Koalition der bisherigen Mehrheitsparteien mit so schwacher Grundlage, wie sie sich aus dem Ausfall der Wahlen ergeben habe, mit nein beantwortet habe. Damit ist die künftige Politik der Partei klar umrissen, die gesamte Versammlung stimmte diesen Richtlinien bei. Und als weitere Hauptaufgabe stand im Mittelpunkt der Rede des Gen. Schöpplin und der Genossen in der Aussprache: Ausbau der Organisation, Aufklärung der Außenstehenden, Schulung der Genossen. Bei Beginn des Wahlkampfes prägte Gen. Schöpplin das Wort: Was die Wahl aussehe, wie sie will, geht unsere Organisation intakt und unberührt aus dem Kampfe hervor, dann ist nichts verloren. Die Karlsruher Parteiorganisation steht wie zu Beginn des Kampfes, wie von jeher schon, einig und geschlossen da. Der vorübergehende Mißerfolg hat das Parteiziel nicht zu erschüttern vermocht. Entschlossen und kampfbereit und festgefaßt geht sie den neuen Kämpfen entgegen. Wir zweifeln nicht daran, daß bei allen Parteiorganisationen des Landes und des Reiches das selbe der Fall sein wird.

U.S.P. und A.P. hat den Durcheinander noch vermehrt. Sätzen wir uns gegen die Angriffe dieser Parteien nicht so gewehrt, hätten wir noch viel Unangenehmeres erlebt. Würden alle unsere Parteigänger und unsere Genossen und Vertrauensleute in den Fabriken usw. sich ebenso tapfer gehalten haben wie die Anhänger der linken Opposition dies taten, so hätte es um unsere Sache besser. (Sehr richtig!) Es stände auch besser wenn unsere Genossen über die Tätigkeit unserer Partei und der Genossen in der Regierung nicht immer auf offenem Markte losgezogen hätten. (Sehr richtig!) Eine Kritik ist nicht nur statthaft, sondern sogar Pflicht aber dazu ist die Parteiversammlung da.

Aber trotz alledem kann man in Baden mit dem Wahlergebnat zufrieden sein, besonders wenn man den Wahlausfall an dem Wahlausfall im übrigen Deutschland anlegt. Die Hoffnungen und der Jubel der U.S.P. sind bald verstummt gewesen, aus dem lebhaften Fortschritt ist ein sehr gedämpftes Piano geworden. Infolge der unangenehm Verdächtigung unserer Partei durch die U.S.P. haben wir keine Mehrheit errungen. Für die kommenden Wirtschaftskämpfe wäre aber eine solche Mehrheit von großem Nutzen für die Arbeiterklasse gewesen.

Am bittersten wirkt die Tatsache, daß die Rechte zugenommen hat. Aber das unabhängige Redner in Wahlversammlungen lieber zur Wahl von Parteien der Rechten eintraten als für einen Mehrheitssozialisten, ist das Traurigste, was wir bisher erlebt haben.

Keine der Parteien kann sagen, daß sie die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Nach keiner Seite ist ein imponierendes Bild zum Ausdruck gekommen. Es ist kein einheitlicher Wille zur Diktatur, aber auch nicht zur Monarchie vorhanden, die Verfahrensweise bildet keine Basis, um parteiliche Politik zu treiben. Das ist für das Reich die gefährliche Situation, da die politische Macht dem Reichstag liegt.

Der Landesausschuß der badischen Sozialdemokratie hat heute ebenfalls zur Situation Stellung genommen. Es war ein erfreuliches Bild, das die Tagung bot. Wenn der Wille, der bei ihr herrschte, auch in unseren Organisationen Platz greift, dann können wir sagen: Vorbei ist die Wahlschmach, es lebe die nächste! Die bisherigen Koalitionsparteien haben wohl die Mehrheit, aber dieselbe ist so schwach, daß sie nur formell regieren können; diese Regierung würde gar keine Autorität besitzen. Die Aufgaben, wie sie uns bevorstehen, sind so groß, daß es einfach undenkbar ist, daß die bisherige Koalition regieren kann. Wie verhalten, wären die Herren vom Stille Stresemann bereit, sich an einer solchen Koalition zu beteiligen. Der Eintritt der Partei Stresemanns bedeutet aber für die Sozialdemokratie die Unmöglichkeit, mitzuwirken. Unsere Partei hat große Opfer gebracht, wie sie keine andere Partei bringen konnte. (Sehr richtig!) Land und Volk standen ihr höher als die Partei. Gäße sie diese Opfer nicht gebracht, so wäre Deutschland zusammengebrochen. Das schwerste Opfer waren aber die Kompromisse. Mit Stresemann, der Partei der Schmerzbrüder, die schuld am Kriege und all dem heutigen Elend ist, gibt es kein Partieren. Es gibt eine Grenze für die Sozialisten und da ist sie gegeben. Finden sich die Blauen und Schwarzen in dem Stall Stresemann ein, dann gehen die roten ihre Wege. Machen aber die Unabhängigen mit und in der anderen, der bisherigen Koalition, dann ist die Situation eine andere. Die 100 Sozialisten könnten in einer solchen Koalition Gewaltiges für das Wohl der arbeitenden Massen leisten und auf das Zentrum einen Druck ausüben und dessen Anhänger aus der Arbeiterschaft interessieren. Ein paar Monate leidliches Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen würde auch den Bruderkampf ausschließen, also auch verhängende, veredelnde Momente in sich tragen. Die Schwierigkeiten für die U.S.P. sind allerdings groß. Mit der Parole: „Diktatur des Proletariats“ sind sie in den Wahlkampf gegangen. Wir aber müssen an der Demokratie festhalten, die wir schon 30 Jahre predigen, wenn wir uns nicht der Heuchelei und der Lüge schuldig machen wollen. Die Diktatur in die Tat umsetzen, wie die U.S.P. nicht können, da die Wähler die Diktatur abgelehnt haben. Aber bloß Opposition treiben kann die U.S.P. mit ihren 80 Abgeordneten auch nicht, da die Masse Taten von den vielen Versprechungen erwartet.

Unsere Aufgabe ist es, die U.S.P. vor die Tatsache der Pflicht zu stellen. Lehnen sie ab, was dann? Wollen wir eine Koalition auf schwachen Füßen stützen? (Allseitiger Jubel: Nein!) Auch der Bezirksausschuß der badischen Sozialdemokratie hat ebenfalls einstimmig mit „Nein“ entschieden. (Wavolo)

Auf der anderen Seite jedoch werden sich vielleicht die Bürgerlichen zu einer Koalition zusammenschließen und das Zentrum kann sagen, ihr habt uns dazu gezwungen. Aber ohne Sozialdemokratie kann in Deutschland nicht lange regiert werden. Vielleicht kommt dann ein reinigendes Gewitter, so aber so. Es wird uns nicht leicht, einer blau-schwarzen Koalition die Regierung in die Hand zu geben. Letzten Endes jedoch wird die sozialistische Arbeiterschaft Deutschland aus dem Elend herausbringen.

Wir müssen uns vor allem bewußt sein, daß wir schwere politische und wirtschaftliche Kämpfe und Aufgaben vor uns haben, die Opfer fordern. Jetzt gilt es, die Organisationen zu beleben und zu neuem Aufschwung zu verhelfen, denn war die Wahl Niederlage nicht umsonst. Keine Aktivität unserer Genossen nach rechts und links, aber ohne daß sie Pflicht Angehöriger ernst ist die Situation, groß die Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft. Mit frischem Mut an die Arbeit, mit geht die Arbeiterschaft großem Elend entgegen. Auf zum Kampf gegen die Feinde von rechts und die Gegner von links. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache war eine sehr ausgiebige, es beteiligten sich daran die Genossen Hertel, Wolf, Prof. Rohbach, Runge, Gudel, Marum, Dr. Rahn, Trinks, Krämer, Müldert, Beck und Dr. Kullmann. Mit größter Gewissenhaftigkeit wurde von allen Rednern die nunmehrige politische Lage untersucht, einen besonders breiten Raum nahmen hierbei die Frage für und wider die Koalitionspolitik und das Verhalten der U.S.P. ein; die Richtlinien, die Gen. Schöpplin entwickelt und der Beschluß des Bezirksverbandes wurden durchweg gebilligt. Besonders betont wurde aber, daß nun die unabhängige Partei zu zeigen habe, was sie leisten kann, denn die 4 Millionen Wähler haben ihre nicht ihre Stimme gegeben, damit sie weiter in ihrer fruchtlosen Negation verharren, sondern damit sie praktische, positive Arbeit leisten, damit sie dem Volke das bringen, was sie ihm versprochen. Der außerordentliche Ernst der gegenwärtigen Lage wurde dabei keineswegs verkannt. Aber über allem stand als Mitwirkendes: Arbeit, Agitation, Aufbau, Ausbau der Organisation, Stärkung der Parteipresse, Aufklärung der Kopf- und Handarbeiterklasse. — Es war 11 Uhr vorbei, als nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Schöpplin Gen. Schwardt die prächtig verlaufene Versammlung schloß.

Sozialdemokratischer Verein. Bei der Dichtung für den Wahlfonds in der gestrigen Nummer unseres Blattes ist ein Betrag von 200 M. durch G. Sed. mit 200 M. verbrieft worden, trotzdem er in der Endsumme schon enthalten war. An der letzteren tritt also keine Änderung ein.

(Chefredakteur Albert Herzog, der seit 1893 die redaktionelle Leitung der „Badischen Presse“ führt, tritt auf 1. Juli aus der Redaktion der „Badischen Presse“ aus, um die Hauptredaktion der „Badischen Zeitung“ in Barmen zu übernehmen. Der Scheidende ist eine in hiesigen Journalistenkreisen und darüber hinaus bekannte und geschätzte Persönlichkeit, in welcher Eigenschaft er mit Umsicht und Energie die Interessen der Journalisten vertrat. Auch als Dichter trat Albert Herzog stets hervor und seine Schöpfungen haben in weiten Kreisen Freunde erworben.)

Erhöhung der Schlachtpreise. Die Höchstpreise für Schlachtrinder, Schlachttäber, Schlachtschweine und Schlachtschafe sowie die Höchstpreise für Schlachtpferde sind mit sofortiger Wirkung neu festgesetzt worden. Sie betragen nunmehr für je 50 Kilogramm Lebendgewicht bei Rindern zwischen 240 und 420 M. je nach dem Schlachtgewicht, bei Rälbern unter drei Monaten 450 M., bei Schweinen 350 M. und bei Schafen zwischen 240 und 400 M. Der Höchstpreis für Schlachtpferde ist auf 200 M. festgesetzt. Ferner wird mitgeteilt, daß die bisher zu den Schlachtpreisen gewährten Güterzuschläge in Bezug auf den Schlachtpreis von Höchstpreisen für Fleisch und für Würstchen wird alsbald erfolgen.

Valuta-Bericht vom 9. Juni.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 14.50 M. per holl. Gulden, Schweiz etwa 7.20 M. per schw. Fr., England etwa 155 M. per Pfd. Sterling, Frankreich etwa 3.08 M. per fr. Fr., Neuport etwa 39.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 9. Juni 1920.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe vom 10. Juni 1920: Im ganzen Land ist das Wetter bei nordöstlichen Winden überwiegend heiter geblieben. Im Laufe des gestrigen Tages ist weitere Erwärmung erfolgt, so daß die Temperaturen in der Rheinebene bereits 20 Grad überschritten; die Nacht war jedoch wieder ziemlich kühl. Die schon gestern vorhandenen Druckströmungen über Südrussland haben sich weiter ausgebildet, doch beschränken sie ihre Wirkung auf die Alpen und die jenseits liegenden Gebiete. Diese Luftwirbel scheinen sich östwärts zu verlagern und in der Hauptsache nur Südbaden zu beeinflussen.

Bereitschaftliche Mitteilung bis Freitag, den 11. Juni nachts: Bei wechselnder Bewölkung noch vielfach heiter und warm, Südbaden strichweise Gewitter.

Letzte Nachrichten.

200 000 Mann Reichswehr.

Paris, 10. Juni. Die deutsche Regierung richtete bereits vor 5 Tagen an die alliierten Regierungen eine Note, in der erklärt wird, daß Deutschland sich vor der Unfähigkeit befindet, am 10. Juni d. J. die Forderungen der Reichswehr auf die im Friedensvertrage von Versailles vorgesehene Stärke zu reduzieren. Die Note verlangt, daß der gegenwärtige Bestand von 200 000 Mann künftig gehalten werden könne.

Die Franzosen in Oberschlesien.

Oppeln, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Rußland.

Ropnagden, 10. Juni. Das heilige lettische Tel.-Büro meldet aus Riga, die Friedenskonferenz zwischen Lettland und Sowjetrußland in Moskau am vergangenen Sonntag habe die ersten vier Friedensbedingungen angenommen: 1. Abbruch des Krieges, 2. Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands, 3. Abkommen über die Festlegung der Grenzen und 4. Militärische Sicherheiten. Danach kam die Frage der Heimführung der lettischen Flüchtlinge zu Verhandlung.

Briefkasten der Redaktion.

Weingärtner 317. Ein Aquarienliebhaber schreibt uns zu unserer Briefkastennotiz, daß es außer dem Wallfisch noch eine ganze Anzahl lebendgebärender Fische gibt und zwar aus der Gattung der Zahnkarpfen. Allerdings sind es Tropenfische, welche eine besondere Wasserwärme benötigen. Am meisten verbreitet in Liebhaberkreisen sind die Gambusen, Götterdäuisch und Breilja-Arten sowie die farbenprächtigen Schwertfische.

Schreitung: Georg Schöpplin, Verantwortlich: für Art. Hel. Politische Überfahrt und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Heiligkeit Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisfeld; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, Kantische in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“) Freitag, 1/8 Uhr, wöchentliche Jubiläumsvorstellung Zusammenkunft der Sänger Ede Schöpplin und Wilhelmstraße. Pünktlich und vollständig. Duellklub. (Naturfreunde) Am Freitag, 11. Juni 1920 Mittagsbeisammelung im Lokal „Zum gold. Löwen“. Anfang 8 Uhr. Am Sonntag, 13. Juni 1920 findet eine Besichtigungswanderung nach Moosbrunn im Albatal statt. Zusammenkunft auf dem Parkplatz der Ortsgruppe Karlsruhe mit den Ortsgruppen Erzingen, Bruchsal, Ulm, Neureut, Forstheim, Erzingen, Rastatt, Gaggenau, Ottenau, Cos und Lahr. Abmarsch am Sonntag 4.45 morgens vom Rindenteller. Zahlreiche Beteiligung für beide Veranstaltungen erwartet.

Der Obmann. Dagsfeld. (Sozialdemokratischer Verein) Sonntag, 13. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr Versammlung im „Birch“. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Ertingen. (Ortsrat der freien Arbeitervereine.) Neben Mittwoch abend von 8 Uhr ab Sonntagabend in der Stadt. Abzanzelt. Die Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Vereine sind zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen. 3987 Das Ortsratell.

Wasserstand des Rheins.

Schweizerinzel 263, gef. 7; Neß 360, gef. 8; Magau 543, gef. 8; Mannheim 463, gef. 8; Rheinteter.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

schreibt und... 11. d. M. (Gartenbau) nur 11. d. M. Tagesordnung: Schöpplin, 10. Juni. In der Nacht zum Mittwoch verließen vier Franzosen eine Hochseilbahn auf der Kolonnenstraße zu fahren, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Rührmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemach, das umgeben durch Gewehrfeuer der am Ufer stehenden Franzosen betrachtet wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrank.

